



12. ORDENTLICHE LANDESKONFERENZ
DES JUSO-LANDESVERBANDES NRW

08. JUNI 2013 IN KÖLN

INHALT

Übersicht der Beschlüsse.....	4
Arbeit, Teilhabe und Gleichstellung	7
Bildung und Ausbildung	13
Europa und Antidiskriminierung.....	25
Netz- und Kulturpolitik	31
Organisationspolitik	39
Resolutionen	43
Initiativanträge	47

Juso-Landesverband NRW
Kavalleriestraße 16
40213 Düsseldorf

Telefon 0211.13 622-325
Fax 0211.13 622-303
E-Mail info@nrwjusos.de
www.nrwjusos.de

Verantwortlich: Sandra Kaiser
Gestaltung: Felicitas Horstschäfer

ÜBERSICHT DER BESCHLÜSSE

Arbeit, Teilhabe und Gleichstellung.....	7
A 1 Inklusion Teil 1 - UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen!.....	9
A 2 Volle Rechte für alle – Für eine arbeitsrechtliche Gleichstellung von Beschäftigten kirchlicher Arbeitgeber.....	12
Bildung und Ausbildung.....	13
B 1 Gute Perspektiven für junge Menschen in NRW schaffen.....	15
B 4 Prüfungsstelle für kostenlose Lehrinhalte im digitalen Raum.....	21
B 6 Elite, nein danke – für eine vernünftige Ausfinanzierung der Hochschule statt Förderung von „Leuchtturmprojekten“	22
B 10 Das Latinum als Erweiterungsprüfung zum Abiturzeugnis für Lehramtsberufe soll abgeschafft werden	23
Europa und Antidiskriminierung	25
E 2 Europapartei: Mehr als eine Worthülse? – Eine Wiedervorlage	27
Netz- und Kulturpolitik.....	31
N 1 Schluss mit dem Kulturnotstand - Für eine solide Kulturfinanzierung in NRW	33
N 2 Sicheres Stadionerlebnis – Für eine lebendige und friedfertige Fussballkultur	36
N 3 Archäologie und Baudenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen erhalten!.....	38
Organisationspolitik	39
O 1 Gründung des Arbeitskreises „Hayyim“ zum Thema Antisemitismus	41

Resolutionen 43

R 1 Zum laichen und sterben ziehen die Lachse die Ruhr hinauf45

Initiativanträge 47

INI 1 Wir machen's besser – Gerechte und vorsorgende Politik für die ganze Republik49

INI 2 Polizeiübergrieffe aufklären - Konsequenzen für NRW ziehen54

ARBEIT, TEILHABE UND GLEICHSTELLUNG

A 1	Inklusion Teil 1 - UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen!.....	9
A 2	Volle Rechte für alle – Für eine arbeitsrechtliche Gleichstellung von Beschäftigten kirchlicher Arbeitgeber.....	12

INKLUSION TEIL 1 – UN-BEHINDERTENRECHTS- KONVENTION UMSETZEN!

WAS WIR UNTER INKLUSION VERSTEHEN...

Ausgangspunkt des politischen und gesellschaftlichen Diskurses über Inklusion ist die UN-Menschenrechtskonvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2006 (von der Bundesrepublik Deutschland 2009 ratifiziert). Es ist wichtig festzuhalten, dass die Konvention kein „Sonderrecht“ für Menschen mit Behinderung darstellt. Sie fordert ausschließlich die selbstverständliche Umsetzung aller anerkannten Menschenrechte auch für Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen.

Jungsozialistische Politik orientiert sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wollen dies durch einen sozialen und gerechten Staat mit gleichen Lebensbedingungen für alle ermöglichen. Ein freies, selbstbestimmtes Leben kann nur erreicht werden, wenn die Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie für alle Menschen unter gleichen Bedingungen möglich ist.

Nehmen wir unsere Grundwerte und die derzeitige Beschlusslage ernst, so muss eine inklusive Gesellschaft Kernelement unserer politischen Zielsetzungen sein.

Inklusion ist nämlich die volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, unabhängig von Alter, sexueller Orientierung, Handicap, Hautfarbe, Herkunft oder Geschlechtsidentität! Wir NRW Jusos bekennen uns ausdrücklich zu einem ganzheitlichen Inklusionsbegriff:

- » Inklusion ist Gleichstellung! Nach wie vor werden Menschen aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Wir NRW Jusos sind aufgefordert, weiterhin für echte Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen zu kämpfen.
- » Inklusion ist gemeinsames Lernen! Gleiche Bildungschancen brauchen ein faires und inklusives Schulsystem. Wir NRW Jusos dürfen uns nicht auf dem Schulkonsens ausruhen, sondern müssen – gerade auch in den Kommunen vor Ort – für gemeinsames Lernen unabhängig von Herkunft, sozialer Situation, Begabung oder Handicap werben.
- » Inklusion ist gute Arbeit! Wir NRW Jusos sind dazu verpflichtet, weiter jegliche Formen prekärer Beschäftigung abzulehnen. Auch vermeintlich ausgeschlossene oder abgehängte Gesellschaftsgruppen haben ein Recht auf gute Arbeit und Ausbildung!
- » Inklusion ist Demokratie! Die Mitwirkung an demokratischen Entscheidungen steht längst nicht allen Menschen offen. Wir NRW Jusos sollten uns dafür einsetzen, mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Inklusion ist auch die volle gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an unserer Gesellschaft. Eine Behinderung entsteht aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- sowie umweltbedingten Barrieren, die sie an der vollen und wirksamen Teilhabe an der Gesellschaft hindern. Wie in Artikel VI der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegt, werden Frauen mit Behinderung mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt. Gleiches gilt für MigrantInnen. Diesen Menschen ist erhöhte Aufmerksamkeit und Unterstützung zu widmen.

Dieser Antrag bildet den Auftakt zu einer klaren und umfassenden Positionierung der NRW Jusos, wie wir eine inklusive Gesellschaft in allen relevanten Bereichen schaffen wollen. Im ersten Schritt wollen wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erreichen. Zudem muss das Thema Inklusion von Menschen mit Behinderung auf Landesebene durch Partei, Fraktion und Regierung konsequent weiter voran getrieben werden. Nun ist die richtige Gelegenheit und dieser Antrag stellt dazu wesentliche Forderungen auf. Die weiteren Bausteine wollen wir – aufbauende auf unserem

1 Landesarbeitsprogramm und dem Forum der NRW Jusos zum Thema Inklusion - unter Beteiligung
2 des Landesverbandes in den kommenden Monaten erarbeiten. Unser Verständnis von Inklusion
3 wird sich dabei nicht auf einzelne Bevölkerungsgruppen beschränken.

4 **INKLUSION BEDEUTET RECHT AUF BILDUNG!**

5 Für uns NRW Jusos ist das gemeinsame Lernen und Spielen von Kindern mit unterschiedlichsten
6 Stärken und Schwächen Grundlage einer solidarischen Gesellschaft.

7 Echte Chancengerechtigkeit ohne Diskriminierung gelingt nur in einem inklusiven Bildungssystem. Wir stehen Sondersystemen grundsätzlich kritisch gegenüber und befürworten eine inklusive
8 Gesellschaft, in der spezielle KiTas für Kinder mit Behinderungen und Förderschulen die Ausnahme sind und bei ausdrücklichem Wunsch der Eltern besucht werden. Zu den Gelingensfaktoren
9 eines inklusiven Bildungssystems gehören für uns auch ganz konkrete Aspekte:

- 12 » Inklusive Pädagogik muss obligatorischer Bestandteil jedweder pädagogischen Ausbildung sein.
13 Für bereits ausgebildete ErzieherInnen und LehrerInnen müssen verpflichtende Fortbildungs-
14 module angeboten werden.
- 15 » Sozialen Kompetenzen muss ein höherer Stellenwert eingeräumt werden.
- 16 » Die Kompetenz von HeilpädagogInnen, SchulpsychologInnen, TherapeutInnen, SozialarbeiterInnen und SonderpädagogInnen wird in den Regeleinrichtungen benötigt.
- 17 » Kinder mit Beeinträchtigungen brauchen eine individuelle und bedarfsorientierte Unterstützung. Das können SchulbegleiterInnen oder technische Hilfen sein. Es ist sicher zu stellen, dass
18 die Unterstützung auch an die Ganztagsangebote der Schulen angepasst wird.
- 19 » Medizinische und therapeutische Angebote müssen auch in KiTas und Schulen durchgeführt
20 werden können. Hierfür sind entsprechende Zeiten und Räume bereit zu stellen.

23 **INKLUSION BRAUCHT BARRIEREFREIHEIT!**

24 Häufig werden infrastrukturelle, bauliche oder räumliche Barrieren vorgeschoben, wenn es darum
25 geht, Menschen mit Behinderung den vollen Zugang am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
26 Eine inklusive Gesellschaft braucht also – ganz grundlegend und anschaulich – Barrierefreiheit.
27 Barrierefreiheit ist die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für alle Menschen. Der Zugang und die Nutzung müssen für Menschen mit Behinderung in
28 der allgemein üblichen Weise, ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe
29 möglich sein. Zu den Lebensbereichen gehören die physische Umwelt, Transportmittel, Information und Kommunikation, einschließlich entsprechender Technologien und Systeme, sowie
30 andere Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten
31 offenstehen.

34 Wir NRW Jusos fordern deshalb, dass Barrierefreiheit obligatorischer Bestandteil in den Prüfungen
35 größerer Bauvorhaben ist. Die entsprechende DIN 18040-1 muss demnach fest in der Bauordnung
36 des Landes verankert werden.

37 Die Ausbildung von IngenieurInnen und ArchitektInnen bedarf einer entsprechenden Sensibilisierung, damit Baumängel und teure Nachbesserungen bei zukünftigen Bauvorhaben verhindert
38 werden. Außerdem soll ein klares Sachverständigenwesen im Bereich Barrierefreiheit NRW-weit
39 etabliert werden. Nur so können Baumängel und teure Nachbesserungen frühzeitig verhindert
40 werden.

42 Sämtliche Förderprogramme von Land und Bund müssen das Thema Barrierefreiheit abdecken und
43 so ausgestaltet sein, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, Investitionen in eine barrierefreie Infrastruktur tätigen zu können. Wir brauchen in unseren Städten und
44 Gemeinden eine Infrastruktur, die den Ansprüchen einer inklusiven Gesellschaft gerecht wird. Dazu
45 zählen nicht nur Rampen für RollstuhlfahrerInnen sondern zum Beispiel auch Blindenleitsysteme,
46 Ampeln mit akustischen Signalen und die selbstverständliche Verwendung von Gebärdensprache,
47 Brailleschrift und einfacher Sprache in unserer Kommunikation.

49 Die Bestandsaufnahme NRW zur Klassifizierung von öffentlichen Gebäuden schafft für Menschen
50 mit einer Behinderung die notwendige Transparenz. Wir fordern hier auch private Freizeiteinrichtungen und Unternehmen auf, sich an dieser Bestandsaufnahme zu beteiligen.

52 Die persönliche Mobilität für Menschen mit Behinderung ist mit größtmöglicher Selbstbestimmung sicherzustellen, deshalb muss, sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum, Mobilität
53 durch öffentliche Verkehrsmittel möglich sein. Außerdem fordern wir, dass barrierefreie Zugänge
54

zu Bahn und Bus an Haltestellen und Bahnhöfen schnellstmöglich flächendeckend bereitgestellt werden. Die Instandhaltung dieser Infrastruktur muss höchste Priorität haben. Auch in öffentlichen Gebäuden wie beispielsweise Schulen müssen die sächlichen und räumlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden um Inklusion möglich zu machen. Jedes öffentliches Gebäude muss über Ausstattungen, die das 2-Sinne-Prinzip (immer zwei Sinne müssen z.B. Wegweiser wahrnehmen) erfüllen, ausgestattet und jede Etage für alle Personen erreichbar sein. Erst wenn die KISS (keep it short and simple) –Regel und das 2-Sinne-Prinzip umgesetzt sind und alles klar erkennbar und für alle einfach zu erreichen ist, ist ein öffentliches Gebäude barrierefrei. Diese Umwandlung muss verpflichtend an allen öffentlichen Gebäuden stattfinden.

GUTE ARBEIT GEHÖRT ZU EINEM SELBSTBESTIMMTEN LEBEN!

Die Möglichkeit auf ein freies selbstbestimmtes Leben und Teilhabe an der Gesellschaft endet häufig mit Eintritt in die Arbeitswelt. Und dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern vielfach auch für MigrantInnen oder auch Alleinerziehende. Ein inklusiver Arbeitsmarkt ist somit zentrale Voraussetzung für eine inklusive Gesellschaft. Viele Betroffene werden über Jahre hinweg in Maßnahmen von Bund und Land weitergereicht.

Das in NRW verankerte Recht auf Arbeit ermöglicht Menschen mit Behinderung einen Platz in einer Behindertenwerkstatt. Dies ist für viele Betroffene eine wichtige Perspektive, jedoch darf der Werkstattplatz keinesfalls die einzige Option für beeinträchtigte Menschen sein.

Die Übergänge zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und Sondereinrichtungen müssen deshalb erheblich optimiert werden. Häufig entfalten Sondersysteme eine Sogwirkung, sodass Potenziale von Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht ausgeschöpft werden können. Der individuellen Unterstützung beim Übergang Schule–Beruf kommt hier eine wichtige Rolle zu. Des Weiteren muss das duale Ausbildungssystem weiter für Menschen mit Behinderung geöffnet werden.

Förderung und Qualifizierung von Menschen mit Behinderungen müssen individueller und den Potenzialen der Menschen angepasst werden. Viele Maßnahmen sind stigmatisierend und bieten nur geringe Erfolgsaussichten für den ersten Arbeitsmarkt.

Es muss uns gelingen, dass alle Betriebe Menschen mit Behinderung als Gewinn betrachten. Die Meisten der 2,8 Mio. Menschen sind im Laufe ihrer Berufstätigkeit behindert geworden. Die teuren Hilfsmaßnahmen müssen darauf ausgerichtet sein, dass die Menschen im Betrieb gehalten werden. Zusätzlich braucht es einen öffentlichen Beschäftigungssektor, der insbesondere den Menschen eine Chance bietet, die bisher nur wenig Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt hatten.

Aber auch Menschen, die wegen Art oder Schwere der Behinderung nicht, noch nicht oder nicht wieder auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten können oder wollen, haben ein Recht auf berufliche Bildung und Teilhabe am Arbeitsleben. Hier können Werkstätten für behinderte Menschen oder vergleichbare Angebote den geeigneten Raum bieten. Dieses Recht darf allerdings nicht von ökonomischer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden. Deshalb muss der Begriff „Mindestmaß wirtschaftlich verwertbarer Arbeitsleistung“ in § 136 Abs. 2 Satz 1 SGB IX gestrichen werden.

Wir NRW Jusos fordern ein einheitliches Behindertenrecht. Das SGB IX muss um einen Leistungsanteil erweitert werden. Viele Menschen mit Behinderung, insbesondere mit Mehrfachbehinderungen, werden völlig unnötig in die Sozialhilfe (SGB XXII) gedrängt.

INKLUSION FINDET AUCH IM ALLTAG STATT!

Aber das Leben besteht nicht nur aus Bildung und Arbeit. Auch Menschen mit Behinderungen haben ein Recht darauf, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. In Deutschland leben die meisten Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen und komplexen Behinderungen in Wohnheimen. Damit sie die Wahlfreiheit über ihren Wohnort bekommen, bedarf es einer Dezentralisierung der Unterstützungssysteme.

Die Wahlmöglichkeit zwischen stationärer und ambulanter Betreuung darf nicht von der Finanzierung abhängen. Deshalb muss der sogenannte „Mehrkostenvorbehalt“, nach dem ambulante Betreuung auf Dauer nicht mehr Geld kosten darf als stationäre, abgeschafft werden.

Die Idee der Inklusion ist keine politische Entscheidung, sondern eine gesellschaftliche Entwicklung. Der Weg in eine inklusive Gesellschaft kann deshalb nur über breite gesellschaftliche Debatten gelingen. Für diese Diskussion ist die Förderung von inklusiven Kulturangeboten unerlässlich.

1 **VOLLE RECHTE FÜR ALLE –** 2 **FÜR EINE ARBEITSRECHTLICHE** 3 **GLEICHSTELLUNG VON** 4 **BESCHÄFTIGTEN KIRCHLICHER** 5 **ARBEITGEBER**

6 Alle ArbeitnehmerInnen in Deutschland haben die gleichen Rechte auf gute Arbeit und Schutz vor
7 Kündigung und Ausbeutung. Daher lehnen wir Sonderregelungen für kirchliche Arbeitgeber ab!
8 Diese sind nicht zu rechtfertigen! Wir fordern die NRW Landesregierung sowie die SPD Bundes-
9 tagsfraktion auf, für eine arbeitsrechtliche Gleichstellung kirchlich Beschäftigter.

BILDUNG UND AUSBILDUNG

B 1	Gute Perspektiven für junge Menschen in NRW schaffen.....	15
B 4	Prüfungsstelle für kostenlose Lehrinhalte im digitalen Raum.....	21
B 6	Elite, nein danke – für eine vernünftige Ausfinanzierung der Hochschule statt Förderung von „Leuchtturmprojekten“	22
B 10	Das Latinum als Erweiterungsprüfung zum Abiturzeugnis für Lehramtsberufe soll abgeschafft werden	23

GUTE PERSPEKTIVEN FÜR JUNGE MENSCHEN IN NRW SCHAFFEN

Mit diesem Antrag wollen wir den Rahmen skizzieren, den junge, selbstbestimmte Menschen mindestens benötigen, um sich entfalten und gute Perspektiven entwickeln zu können. Der Antrag ist auf Grundlage des Forums der NRW Jusos im April 2013 entstanden, bei dem sich viele Verbandsmitglieder mit guten Ideen und Diskussionen eingebracht haben. Er ist Teil eines Gesamtkonzeptes zum Thema Jugendpolitik, was wir erneuern, beziehungsweise neu erarbeiten werden. So werden wir uns im Laufe des Jahres auch noch verstärkt mit dem Thema Mitbestimmung, Demokratiebildung, offene Kinder- und Jugendarbeit und vieles mehr beschäftigen, um schließlich ein schlüssiges Gesamtbild zu erstellen. Damit wollen wir dann gemeinsam mit BündnispartnerInnen Druck auf die Politik in NRW und speziell die Landesregierung machen, unsere Forderungen für junge Menschen umzusetzen.

Wir verzichten in diesem konkreten Antrag dabei bewusst auf die Beleuchtung der kompletten Bildungskette. Für uns ist dennoch klar, dass sowohl frühkindliche Bildung, als auch U3-Betreuung, gute Kindertagesstätten, ein gutes Schulsystem und gebührenfreie Bildung in allen Bereichen, eine absolut wichtige Bedingung dafür ist, dass sich junge Menschen zu selbstbestimmten Erwachsenen entwickeln, die sich ihre eigene Perspektive schaffen können. Zu diesen Bereichen haben wir bereits einschlägige Beschlusslagen und wir werden diese selbstverständlich auch zukünftig weiterentwickeln. So sind wir nach wie vor mit dem Schulkompromiss in Nordrhein-Westfalen unzufrieden und wir werden weiter für Verbesserungen im Bereich der Inklusion, der Klassengrößen, dem längeren gemeinsamen Lernen, der Abschaffung des G8-Abiturs und vielem mehr kämpfen.

Auch die unhaltbaren Zustände in verschiedenen europäischen Ländern sind uns bewusst und wir werden sie nicht akzeptieren. Die junge Generation geht in vielen Ländern komplett verloren und niemand tut etwas ernsthaftes, um jungen Menschen, beispielsweise in Griechenland, Zypern, Italien oder Spanien, Perspektiven zu ermöglichen. Dieses Problem ist derzeit die größte europäische Herausforderung, doch in allen Parteien und ganz besonders in der schwarz-gelben Bundesregierung wird mit Zurückhaltung, oder sogar Schulterzucken reagiert. Die konservativen und neoliberalen Kräfte in der Bundesrepublik und anderen Teilen Europas setzen auf eine sture Austeritätspolitik, die Europa kaputt spart und junge Menschen in einer Verzweiflung zurücklässt, die wir seit dem einsetzenden Wirtschaftswunder nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr erlebt haben. Ein Aufstiegsversprechen, das ganze Generationen in den letzten Jahrzehnten wie selbstverständlich bekommen haben, ist für unsere Generation in weite Ferne gerückt. In vielen Ländern auf der ganzen Welt, aber auch in Süd- und Osteuropa und teilweise auch in der BRD zählt das Versprechen, dass es den eigenen Kindern mal besser gehen wird, nichts mehr. Vielmehr sind junge Menschen besorgt darüber, dass sie und ihre Freundinnen und Freunde keinen Arbeitsplatz finden, ihren Eltern Altersarmut droht und vielerlei Probleme mehr. In diesem Antrag beleuchten wir deshalb, wie junge Menschen in NRW neue und sichere Perspektiven bekommen können, ohne dabei zu vergessen, dass wir der internationalen Solidarität verpflichtet sind und die Politik in unserem Lande darauf aufmerksam machen müssen, dass es jungen Menschen in anderen Ländern sehr schlecht geht und das nicht geduldet werden darf.

Wir behandeln in diesem Antrag vor allem vier Bereiche, die junge Menschen benötigen, um für sich und ihre Familien gute Zukunftsperspektiven zu haben. Diese Bereiche wollen wir in nächster Zeit verstärkt angehen, um in Nordrhein-Westfalen sehr gute Bedingungen zu schaffen, die auch als Vorbild für Andere dienen können. Wir beginnen mit dem Bereich der Übergänge zwischen Schule und Beruf, ein Feld wo derzeit viel zu viele Leute verloren gehen. Dann beleuchten wir die Bedingungen die für eine gute Ausbildung notwendig sind und werfen anschließend einen Blick auf die Hochschulen dieses Landes. Schließlich gehen wir dezidiert auf die Bedingungen ein, die junge Familien benötigen, um gemeinsam ihre Zukunft planen zu können.

1 ÜBERGÄNGE SCHAFFEN – DER WEG ZWISCHEN SCHULE UND BERUF

2 Den Schülerinnen und Schülern in NRW stehen vielfältige Möglichkeiten zum Einstieg in eine
3 Berufsausbildung offen. Dennoch gelingt nicht allen ein reibungsloser Übergang zwischen Schule
4 und Berufsausbildung. Ein zu geringes Angebot von betrieblichen Ausbildungsplätzen, besonders
5 beliebter Berufe einerseits, die mangelnde Attraktivität vieler Berufe andererseits sowie unzureichen-
6 de Berufsberatung oder auch fehlende Grundlagen und Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler
7 für eine Ausbildung sorgen dafür, dass Warteschleifen innerhalb des Übergangssystems entstehen.
8 Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel der Landesregierung, allen Jugendlichen einen Anschluss
9 an den Schulabschluss zu ermöglichen, muss im Sinne unserer geforderten Ausbildungsplatzgaran-
10 tie intensiver verfolgt und erfüllt werden. Dazu fordern wir, dass das bisherige System evaluiert wird
11 und anhand von Daten und Fakten eine sinnvolle Umstrukturierung und Überarbeitung, insbeson-
12 dere auch eine Bündelung der verschiedenen Untersysteme stattfindet um allen Jugendlichen eine
13 realistische Chance fernab von einer Verwahrung in oftmals sinnfreien und zeitfressenden Maßnah-
14 men zu geben.

15 ÜBERGÄNGE BEGINNEN IN DEN SCHULEN

16 Die Berufsorientierung an den Schulen muss verbessert werden. Alle Schülerinnen und Schülern
17 müssen die Möglichkeit haben, bereits in der Schule – so etwa im Rahmen der immer wichtiger
18 werdenden Portfolioarbeit – einen individuellen Berufswegeplan zu erarbeiten und vielfältige Erfah-
19 rungen in der Berufswelt zu sammeln. Für diesen stetig zu reflektierenden Prozess sind qualifizierte
20 Fachleute notwendig, die den Schülerinnen und Schülern beratend zur Seite stehen. Lehrkräften
21 mangelt es oft an eigenen Erfahrungen und Einblicken in die Bedingungen, Herausforderungen und
22 Möglichkeiten, die in der betrieblichen Ausbildung und auf dem Weg dorthin auf die Schülerinnen
23 und Schüler warten. Als Ergänzung zu den Lehrkräften, die an den Schulen die Berufsberatung
24 organisieren, sollen daher externe Fachleute von Verbänden, Gewerkschaften und Unternehmen
25 herangezogen werden, um die Schülerinnen und Schüler bei ihrer Berufswahl und -vorbereitung zu
26 begleiten. Berufsbörsen, Kontaktika und individuell begleitete Praxisphasen sollen die individuell
27 gestaltete Berufsberatung an den Schulen ergänzen. Hierfür soll ein für alle Schulen standardisiertes
28 Curriculum für den Bereich der Berufsberatung und -vorbereitung entwickelt werden. Das bisher
29 für NRW geplante Übergangssystem sieht ein von jeder Schule individuell zu entwickelndes Curri-
30 culum vor. Hierdurch entstehen jedoch großen Unterschiede in Art und Güte der Angebote, die
31 Schülerinnen und Schülern zur Begleitung von Berufsorientierung und Berufswahl zur Verfügung
32 stehen. Die gleiche Gefahr birgt die Koordinierungsfunktion der Kommunen im bisher geplanten
33 neuen Übergangssystem für NRW. Durch eine enge wissenschaftliche Begleitung und Evaluation
34 und durch einen permanenten Austausch zwischen den einzelnen Kommunen müssen vergleichbare
35 Umsetzungsformen eines neuen Übergangssystems ermöglicht werden. Gelingt dies nicht müssen
36 einheitliche Standards für die Leistungen der kommunalen Koordinierung entwickelt werden.

37 WARTESCHLEIFEN ABSCHAFFEN – ALTERNATIVE SYSTEME IMPLEMENTIEREN

38 Bildungsgänge, die nicht eine unmittelbare Anschlussperspektive zu einem berufsqualifizierenden
39 Abschluss bieten, lehnen wir ab. Statt unterstützende Maßnahmen vor Ausbildungsantritt zu fördern,
40 setzen wir Juso uns für eine Unterstützung am Arbeitsplatz ein. Jugendliche und junge Erwachsene,
41 die nach dem Schulabschluss noch nicht die nötigen Kenntnisse und Grundlagen haben, erfahren
42 durch ausbildungsbegleitende Hilfen und andere Angebote am Arbeitsplatz neben ihrer Ausbildung
43 in Betrieb und Berufsschule, die sozialpädagogische, theoretische oder fachpraktische Unterstüt-
44 zung, die sie benötigen. Damit zukünftig alle Menschen, die dies möchten, einen Ausbildungsplatz
45 erhalten pochen wir strikt auf die Ausbildungsplatzgarantie und setzen uns für die Ausbildungsplat-
46 zumlage (siehe unten) ein, um genügend duale Ausbildungsplätze zu schaffen. Wir wollen die beste-
47 henden Ausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen weiterentwickeln und verbessern. Jeder
48 Jugendliche, der derzeit oder künftig – trotz unserer politischen Bemühungen um ein ausreichendes
49 Ausbildungsplatzangebot – noch keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhält, soll einen Anspruch
50 auf die Vermittlung in einen außerbetrieblichen Ausbildungsgang haben. Dieses neue Übergangs-
51 system soll für alle Jugendlichen eine Brücke in eine duale Ausbildung sein, denen dieser Übergang
52 aufgrund hoher theoretischer oder sozialer Förderbedürftigkeit oder aufgrund von Friktionen am
53 Ausbildungsmarkt nicht gelingt. Dabei sollen Auszubildende die Möglichkeit haben, eine

fachlich gleichwertige Berufsausbildung zu durchlaufen. Ergänzt durch individuelle Förderangebote werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihre künftige betriebliche Ausbildung vorbereitet. Ein Durchstieg in eine reguläre Ausbildung im dualen System – ggf. auch dann noch ergänzt durch ausbildungsbegleitende Hilfen – ist oberstes Ziel des neuen Übergangssystems. Durch die parallele dreijährige oder dreieinhalbjährige Struktur dieser außerbetrieblichen Ausbildung, wird ein möglichst reibungsloser und schneller Übergang zwischen Fördersystem und dualem System gewährleistet, um so das wichtigste Ziel der Vermittlung in ein duales Ausbildungsverhältnis zu erreichen. Darauf werden wir achten und dazu müssen fachpraktische und theoretische Inhalte des jeweiligen Ausbildungsberufs, gleichwertig zur betrieblichen Ausbildung vermittelt werden. Zusätzlich erfährt der Auszubildende in diesem außerbetrieblichen Ausbildungszweig eine individuelle Förderung anhand seines persönlichen Bedarfs.

ABSCHLUSSGARANTIE

Auch das beste Übergangssystem wird das Ziel einer hundertprozentigen Eingliederungsquote verfehlen. Im Sinne unseres politischen Verständnisses, das niemanden zurücklässt, muss gleichwohl auch den Auszubildenden eine Perspektive geboten werden, die aus dem neuen Übergangssystem heraus nicht erfolgreich in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden können. Die betroffenen dürfen nach Jahren im Übergangssystem nicht mit leeren Händen dastehen. Sie haben die Möglichkeit, nach der drei- beziehungsweise dreieinhalbjährigen außerbetrieblichen Ausbildung den gleichen Berufsabschluss zu erwerben, wie die Auszubildenden im dualen System.

AUSBILDUNG UND JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

In Deutschland beträgt die Jugendarbeitslosigkeit laut Bundesagentur für Arbeit 5,4 Prozent. Fast die Hälfte dieser jungen Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren ist länger als 3 Monate arbeitslos. Im europäischen Vergleich steht Deutschland trotz dieser unhaltbaren Zahlen noch relativ gut da. Doch auch in der Bundesrepublik liegen die relativ guten Zahlen bei der Jugendarbeitslosigkeit daran, dass viele Menschen durch Maßnahmen aus der Statistik herausgehalten werden oder sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Weder die Maßnahmen noch die prekären Beschäftigungsverhältnisse führen dazu, dass eine sichere Lebensplanung möglich ist. Jeder Prozentpunkt Arbeitslosigkeit ist uns zu viel und jeder junge Mensch in prekärer Beschäftigung, ziellosen Maßnahmen oder Arbeitslosigkeit ist ein Mensch ohne Perspektive und ohne die Möglichkeit das Leben für sich und möglicherweise eine Familie planen zu können.

Nach wie vor ist die Ausbildung eine gute Voraussetzung für eine sichere Erwerbsbiografie. Rund 56 Prozent der arbeitslosen jungen Menschen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Jedoch bekommt auch nur ein Drittel der Ausbildungsinteressierten einen Ausbildungsplatz. Damit alle, die einen Ausbildungsplatz wollen auch einen bekommen, halten wir an unserer Forderung nach der Ausbildungsplatzumlage fest. Die Unternehmen, die sich immer weiter aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zurückziehen und nicht bereit sind junge Menschen auszubilden, obwohl sie die Möglichkeiten hätten, müssen endlich zahlen, wenn sie nicht ausbilden. Auch die Regierung in NRW hat dies weitgehend erkannt und auch Maßnahmen im Koalitionsvertrag vorgesehen. Wir erwarten rasches Handeln!

Viele junge Menschen bekommen keinen Ausbildungsplatz, weil sie aus Sicht der Unternehmen keinen passenden Schulabschluss haben. Natürlich muss die Qualität aller Schulabschlüsse neben dem Abitur auch verbessert werden, so dass wieder mehr Jugendliche mit diesen Abschlüssen von Unternehmen für offene Ausbildungsstellen in Betracht gezogen werden und zu Vorstellungsgesprächen eingeladen werden. Dennoch sind einige Unternehmen dazu übergegangen, generell ausschließlich SchulabgängerInnen mit Abitur einzustellen. Dies hat auch damit zu tun, dass nicht genügend attraktive Studienplätze zur Verfügung stehen. Damit drängen AbiturientInnen verstärkt auf den Ausbildungsmarkt und Ausbildungsplätze, die qualifizierte junge Menschen mit verschiedenen Schulabschlüssen hervorragend besetzen könnten, werden rar. Deshalb sind zusätzliche Studienplätze für AbiturientInnen, aber vor allem auch für Menschen ohne klassische Hochschulzugangsberechtigung unabdingbar, damit nicht ganze Gruppen qualifizierter junger Menschen ohne Zukunftsperspektive und Ausbildungsplatz dastehen. Damit zudem auch jetzt schon alle die Möglichkeit haben, sich persönlich in einem Unternehmen vorstellen zu können, fordern wir eine Verpflichtung zu anonymisierten Bewerbungsverfahren.

1 Auf der anderen Seite ist klar, dass es schwierig wird eine Ausbildungsstelle zu finden, wenn kein
2 Schulabschluss vorhanden ist. Deshalb muss auch weiterhin allen Schülerinnen und Schülern
3 ermöglicht werden, einen solchen zu erlangen. Die sogenannten BUS-Klassen haben sich hier als
4 gutes Instrument erwiesen, auch zunächst lernschwachen Schülerinnen und Schülern eine Perspek-
5 tive zu ermöglichen. Diese Unterrichtsform muss daher unbedingt erhalten bleiben. Kürzungen an
6 dieser Stelle würden später deutliche Mehrausgaben produzieren.
7 Die Ausbildung ist der erste Schritt in die finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus. Da eine
8 immer höhere Flexibilität von jungen Menschen erwartet wird, ziehen sie in eine andere Stadt und
9 müssen damit auch selber für die eigene Wohnung und andere Lebenshaltungskosten aufkommen.
10 Damit wird eine ausreichende Vergütung der Ausbildung zur zentralen Bedeutung. Das Bundesin-
11 stitut für Berufsbildung hat eine Durchschnittsvergütung in Höhe von 700 Euro für das Jahr 2011
12 errechnet. Rund 28 Prozent der Auszubildenden erhalten jedoch nur bis zu 500 Euro oder weni-
13 ger. 27 Prozent müssen einer Nebentätigkeit nachgehen, weil sie sonst weder ihre Miete noch die
14 Grundnahrungsmittel zahlen könnten. Daher fordern wir eine Mindestausbildungsvergütung.
15 Eine gute Ausbildung ist essentiell dafür später auch qualifiziert in dem erlernten Beruf arbeiten zu
16 können. Doch leider werden Auszubildende immer wieder in verschiedenen Betrieben für fachfrem-
17 de Aufgaben missbraucht und werden nicht nach dem Ausbildungsrahmenplan ausgebildet. Dies
18 muss dringend aufhören, wir erachten diesen Zustand für unerträglich. Bei der Qualifizierung und
19 Weiterqualifizierung von Auszubildenden spielen außerdem mindestens zwei weitere Faktoren eine
20 große Rolle. Die Berufsschulen müssen ihren wichtigen Bildungsauftrag umfassend wahrnehmen
21 können. Dafür ist eine gute Ausstattung genauso wichtig, wie genug gut qualifizierte Lehrerinnen
22 und Lehrer und ein besseres Betreuungsverhältnis. Auch die von den Gewerkschaftsjugenden
23 und den NRW Jusos aufgestellte Forderung nach Bildungsurlaub für Auszubildende, festgehalten
24 im Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz (AWbG) des Landes Nordrhein-Westfalen, muss endlich
25 Realität werden. Wir haben dafür gekämpft, dass die Forderung in den Koalitionsvertrag kam, jetzt
26 erwarten wir gemeinsam mit den Gewerkschaftsjugenden eine schnelle Umsetzung, am besten noch
27 vor der Sommerpause.
28 Viele Auszubildende wissen zudem bis kurz vor Ende Ihrer Ausbildung nicht, ob sie von ihrem
29 Unternehmen übernommen werden. Dabei werden immer weniger Auszubildende nach ihrer
30 Ausbildung von ihren Unternehmen übernommen und müssen sich um eine Anschlussbeschäfti-
31 gung bemühen. Einige üben nach der Ausbildung eine Tätigkeit außerhalb ihres erlernten Berufes
32 aus. Gleichzeitig kritisieren diese Unternehmen fehlende Fachkräfte. Wir schließen uns deshalb der
33 Forderung der Gewerkschaften an und fordern die Übernahmegarantie für alle Auszubildenden.

34 **PERSPEKTIVEN SCHAFFEN** 35 **WISSEN SCHAFFEN! HOCHSCHULE ALS LERN- UND ARBEITSPLATZ!**

36 Immer mehr junge Menschen entscheiden sich nach ihrer Schullaufbahn, ein Studium zu beginnen.
37 Durch geburtenstarke Jahrgänge und einen verbesserten Zugang zu höherer Bildung gibt es immer
38 mehr Schulabsolventinnen und –absolventen, die eine Hochschulzugangsberechtigung erlangen.
39 Zusätzlich machen in NRW, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, 2013 gleich zwei Jahrgänge
40 auf einmal ihr Abitur und das wichtige Ziel der Öffnung der Hochschulen für Menschen ohne
41 klassischen Hochschulzugang bringt zusätzliche Bedarfe mit sich.
42 Die Bedingungen, unter denen Studierende ihr Studium absolvieren müssen sind aufgrund mangelnder
43 Studienplatzkapazitäten, fehlender Finanzierung und steigender Ökonomisierung der Bildung,
44 alles andere als optimal. Wir wollen, dass Studierende ihr Studium selbstbestimmt gestalten können.
45 Zu einem selbst bestimmten Studium gehört auch, dass allen Studierenden ein Masterplatz zur
46 Verfügung steht. Zusätzlich muss es einfacher werden, während des Studiums den Studienort zu
47 wechseln, denn oft merken Studierende erst während des Studiums, dass die Ausrichtung ihres Fachs
48 an einer anderen Hochschule besser zu ihnen passt. Deshalb fordern wir eine staatliche Rahmenprü-
49 fungsordnung. Die internationale Mobilität kann nur funktionieren, wenn diese zunächst einmal in
50 NRW und in der BRD zwischen den Hochschulen problemlos möglich gemacht wird.
51 Ein wichtiger Faktor für die Rahmenbedingungen eines Studiums sind die hochschul- und fakul-
52 tätsbestimmten Regelungen. Damit diese im Sinne der Studierenden gestaltet werden, fordern wir
53 eine stärkere Mitbestimmung der Studierenden sowie Transparenz in allen Entscheidungen der
54 Hochschulpolitik. Alle Studierenden müssen einfach herausfinden können, wo wann was ent-
55 schieden wurde oder entschieden wird. Wir fordern daher die Viertelparität in allen Gremien der akade-
56 mischen Selbstverwaltung.

Die Anzahl der Angestellten an Hochschulen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Hochschulen werden zu immer wichtigeren Arbeitsplätzen. Nicht nur deshalb müssen die Bedingungen der Arbeit an Hochschulen besser werden. Gute Arbeit bleibt unser Ziel in allen Berufszweigen. Und an den Hochschulen gilt dies für alle dort angestellten Gruppen. Lehrende, aber auch wissenschaftliche und weitere MitarbeiterInnen und auch studentische Hilfskräfte. Wir setzen uns für unbefristete Arbeitsverhältnisse, statt Kettenverträge ein, für Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, für eine gute Entlohnung. Denn leider kommen viele Hochschulbeschäftigte derzeit nicht in den Genuss dieser eigentlich selbstverständlichen Errungenschaften.

Ein großer Teil der Lehre wird beispielsweise mittlerweile dauerhaft durch Lehrbeauftragte absolviert, diese arbeiten oft unter befristeten Verträgen. Wir fordern, dass diese Stellen in normale sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt werden. Zusätzlich dazu müssen JungwissenschaftlerInnen bessere Forschungsbedingungen geboten werden. Das bedeutet auf der einen Seite, dass auch Nischen-Forschung möglich sein muss und auf der anderen Seite, dass wir geregelte Beschäftigungsverhältnisse für Promovierende, sowie klare Perspektiven für promovierte WissenschaftlerInnen brauchen.

Wie in allen Gesellschaftsbereichen sind Frauen auch hier in leitenden Funktionen unterrepräsentiert. Deshalb fordern wir eine verbindliche mit Sanktionen verknüpfte Quotierung von Professuren und Leitungsfunktionen.

PERSPEKTIVEN FÜR MODERNE FAMILIEN SCHAFFEN

Was wir unter Familie verstehen

Für uns NRW Jusos ist Familie der Ort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Ein Familienbild, das sich auf die klassische Ehe zwischen Mann und Frau beschränkt, ist diskriminierend und nicht zeitgemäß.

Familien dürfen nicht durch ihre äußere Erscheinungsform definiert oder beurteilt werden, egal ob es sich um Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Paare, Alleinerziehende mit Kindern, unverheiratete Paare oder Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, handelt. Eine Sensibilisierung für alternative Familienformen muss daher im Bildungsbereich stärker beachtet werden - dies betrifft die Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen genauso wie die Veröffentlichung von Kinderbüchern und anderen Medien.

Rechtlich muss das Adoptionsrecht ausgeweitet und auf den konkreten Einzelfall hin individualisiert werden - weder gleichgeschlechtlichen Paaren noch älteren Menschen darf die Adoption eines Kindes per se verweigert werden.

Familien brauchen flexible Arbeits-, Studien- und Ausbildungsbedingungen

Familie ist ein lebenslanger Prozess, in dessen verschiedenen Phasen immer wieder neue zeitbezogene Anforderungen an Eltern, Kinder und Großeltern auftreten. Gemeinsame Zeit ist Voraussetzung, dass Familienleben gelingen kann. Die Phase der Berufsfindung und Familiengründung stellt Eltern, insbesondere Mütter, im Alter zwischen 25 und 40 Jahren vor große Herausforderungen (Rushhour des Lebens).

Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Studium oder Ausbildung braucht also Bedingungen, die sich an den Bedürfnissen der jungen Menschen orientieren anstatt stur betriebswirtschaftlichen Kalkulationen oder sperrigen Prüfungsordnungen zu folgen.

Wir NRW Jusos fordern deshalb Arbeitszeitkonten und das Recht auf flexible Arbeitszeiten für Eltern. Gleichzeitig müssen größere Betriebe „Familienbüros“ mit entsprechender Ausstattung (Wickel-Möglichkeiten, Spielzeug) einrichten, damit Eltern ihre Kinder in Notfällen mit zur Arbeit bringen können. Der Prozess des Wiedereinstiegs in das Berufsleben nach der Geburt eines Kindes ist insbesondere für Frauen problematisch. Hier fordern wir klare Vereinbarungen, die schon vor dem Mutterschaftsurlaub getroffen werden und der Arbeitnehmerin eine Perspektive bieten, Familie und Beruf vereinbaren zu können.

Wir NRW Jusos fordern die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium mit gelockerten Prüfungsbedingungen für Eltern. Derzeit unterbrechen 40 Prozent der Studierenden ihr Studium (Familienreport 2012), um einer Erwerbsarbeit nachzugehen oder ihr Kind zu betreuen. Eine familiengerechte Infrastruktur (Wickelplätze, Stillzimmer, etc.) sowie Angebote zur Kurzzeitbetreuung durch Tagesmütter oder -väter sind ebenfalls grundlegend für eine familienfreundliche Hochschule.

1 Wir NRW Jusos fordern die Möglichkeit der Teilzeitausbildung bei voller Ausbildungsvergütung.
2 In der Regel erhalten Auszubildende 75 Prozent der tariflichen Ausbildungsvergütung, der zusätz-
3 liche Finanzbedarf kann dann zumeist nur durch staatliche Transferleistungen aufgebracht werden.

4 **Familiengründung darf nicht zur Armut führen**

5 Wir NRW Jusos fordern genügend bezahlbaren und attraktiven Wohnraum für junge Menschen
6 in NRW und ausdrücklich auch die Bereitstellung von familiengerechten bezahlbarem Wohnraum
7 in unseren Städten. Gerade in den Hochschulstädten NRWs ist Wohnraum knapp und zum Teil
8 überverteuert. Das Bedürfnis eines zusätzlichen Zimmers stellt junge Familien vor besondere Heraus-
9 forderung bei der Suche und Finanzierung einer entsprechenden Wohnung. Land und Kommunen
10 müssen hier tätig werden.

11 **Familien brauchen gute Kinderbetreuung**

12 Betreuungsbedarf ist nicht gleich Betreuungsbedarf! Hier darf nicht nur die Erwerbstätigkeit als
13 Kriterium herangezogen werden. Die Erziehungskompetenz bzw. der Unterstützungsbedarf der
14 Eltern spielt ebenso eine Rolle.

15 Wir NRW Jusos fordern, dass die Betreuungsangebote ausgeweitet und flexibler nutzbar gemacht
16 werden. Die Öffnungszeiten einer normalen Kindertagesstätten von 7 Uhr bis maximal 16 Uhr sind
17 mit einer Vollzeitbeschäftigung nicht zu vereinbaren, wenn der Zeitaufwand für das Bringen und
18 Abholen der Kinder mit eingerechnet wird. Die Öffnungszeiten der Tageseinrichtungen müssen also
19 in die frühen Abendstunden ausgeweitet werden. Gleichzeitig ist eine flexiblere Nutzung der Betreu-
20 ung für einzelne Tage in der Woche oder bestimmte Stunden für viele Familien wünschenswert.

21 Jedwede Form von Betriebskitas oder KiTas in freier Trägerschaft muss unter klarer staatlicher
22 Aufsicht stehen und nach einheitlichen Qualitätsstandards arbeiten.

23 Wir NRW Jusos fordern, dass der Ausbau der Betreuungsplätze auch mit einer Verbesserung der
24 Qualität der Betreuung einher gehen muss. Ein hoher Fachkräftemangel durch geringe Vergütung
25 (daher auch fehlende Männer im Berufsbild?!), fehlende Vorbereitungszeit, keine Zeit für Elternzu-
26 sammenarbeit, hoher Krankheitsstand des Personals und nur geringe Anerkennung des Berufsbildes
27 trotz steigender inhaltlicher Ansprüche ist eine typische und treffende Beschreibung für den Beruf
28 einer Erzieherin oder eines Erziehers. Die Lösungsansätze zu dieser Problembeschreibung dürfen
29 sich nicht nur auf Akademisierung des Berufs konzentrieren, sondern müssen vielmehr die unzurei-
30 chende Bezahlung in vielen Berufen im sozialen Bereich aufgreifen.

31 **Familien brauchen Netzwerke**

32 Die Gründung einer Familie mit Kindern ist für junge Menschen eine besondere Herausforderung.
33 Gerade beim ersten Kind sind Familien auf Unterstützung und Beratung angewiesen.

34 Wir NRW Jusos fordern deshalb die Gründung von kommunalen Familien-Unterstützungs-
35 Netzwerken als Anlaufstelle. Solche Netzwerke können auf die soziale Struktur der Kommune
36 ausgerichtet, passende Angebote bereit stellen. Hierzu können zum Beispiel Stadtteilmütter und
37 -väter, Baby-Begrüßungsbesuche, Familienbildungsangebote oder Familienpaten zählen. Sämtliche
38 Akteure - von Hebammen über Kindertageseinrichtungen und Familienzentren bis hin zu Migran-
39 tInnenverbänden - sind in die Netzwerkarbeit einzubinden. Das Land NRW soll die entsprechen-
40 den Mittel den Städten und Gemeinden zur Verfügung stellen.

PRÜFUNGSSTELLE FÜR KOSTENLOSE LEHRINHALTE IM DIGITALEN RAUM

1
2
3

Das vom Kultusministerium eingesetzte Kompetenzteam NRW soll Lehrenden geeignete digitale Lerninhalte empfehlen. Im Rahmen seiner Funktion als Medienberater soll es kostenlose Lehrprodukte filtern sowie auf ihren Inhalt, Didaktik und pädagogischen Wert prüfen. Ziel der Prüfstelle ist eine Qualitätskontrolle von kostenfreien digitalen Lehrinhalten unter Angabe der Quelle zur Förderung von unabhängiger und freier Bildung.

4
5
6
7
8

1 **ELITE, NEIN DANKE – FÜR EINE**
2 **VERNÜNFTIGE AUSFINAN-**
3 **ZIERUNG DER HOCHSCHULE**
4 **STATT FÖRDERUNG VON**
5 **„LEUCHTTURMPROJEKTEN“**

6 Die Landesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die Exzellenzinitiative des
7 Bundesministeriums für Bildung und Forschung zu einem langfristigen Stärkungspakt für die
8 Hochschulen in ganz Deutschland umgewandelt wird.

DAS LATINUM ALS ERWEITERUNGSPRÜFUNG ZUM ABITURZEUGNIS FÜR LEHRAMTSBERUFE SOLL ABGESCHAFFT WERDEN

Die Jusos setzen sich für gerechte und gleiche Bildungschancen ein. Das Latinum ist in vielen Lehramtsstudiengängen immer noch verpflichtend und stellt selbst bei sehr qualifizierten angehenden Lehrerinnen und Lehrern eine immense und nicht mehr zeitgemäße Hürde im Studium dar. Der Aufwand, der zum Erwerb des Latinums im Rahmen des Studiums nötig ist, steht in keinerlei Relation zum Sinn oder Ertrag. Des Weiteren scheitern immer wieder Studierende auch nach Wiederholung der Prüfung. Dies hat zur Folge, dass bei nicht bestandener Prüfung die Studierenden ihr Studium beenden müssen - und dies meist sogar in höheren Semestern. Dadurch müssen potenziell sehr gute Lehrkräfte andere Wege einschlagen, wobei Latein im Regelfall kaum Relevanz in der späteren Unterrichtspraxis der Lehrkraft findet.

Ungerechtigkeit besteht vor allem im Vergleich zu Studierenden, die ihr Latinum bereits an der Schule erworben haben. Die Anforderungen an die Studierenden, die das Latinum nachträglich an der Uni erwerben müssen, ist um ein Vielfaches höher und der Arbeitsaufwand wesentlich größer. Doch die wenigsten SchülerInnen wollen heutzutage noch Latein an der Schule belegen, da sie sich vom Erlernen einer Sprache, wie beispielsweise Französisch, mehr versprechen und diese auch attraktiver wirkt. Darüber hinaus kommt es in vielen Fällen sogar vor, dass das Fach Latein an der Schule gar nicht unterrichtet wird oder sich nicht genügend SchülerInnen melden, um einen Kurs zustande zu bringen und den Studierenden somit gar nicht erst die Chance eingeräumt wurde, ihr Latinum an einer Schule zu erlangen.

Wir als Jusos sollten uns zeitgemäß zeigen und den angehenden Lehrerinnen und Lehrern ermöglichen, eine sachgemäße, praxisorientierte, verantwortungsbewusste und vor allem chancengerechte Ausbildung zu genießen.

Daher fordern wir, das Latinum nicht mehr zur Grundvoraussetzung eines erfolgreichen Lehramtsstudiums zu machen.

EUROPA UND ANTIDISKRIMINIERUNG

E 2	Europapartei: Mehr als eine Worthölse? – Eine Wiedervorlage	27
-----	---	----

EUROPAPARTEI: MEHR ALS EINE WORTHÜLSE? – EINE WIEDERVORLAGE

Die Partei hat sich in den vergangenen Jahren für die Europapolitik und für die Selbstorganisation zu einer Europapartei viel vorgenommen, doch bislang ist wenig davon zu spüren. Die Ernsthaftigkeit der eigenen Beschlusslage ist in Vergessenheit geraten.

Das Hamburger Grundsatzprogramm gab schon 2007 die Richtung vor: „Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programmpartei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.“¹

Einzig die im Leitantrag „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vom Bundesparteitag 2011 wiederholte Forderung danach, dass zur nächsten Europawahl 2014 „ein/e sozialdemokratische/r Spitzenkandidat/in aller SPE-Mitgliedsparteien für das Amt des/der Kommissionspräsidenten/in antreten“² müsse, steht kurz vor der Erfüllung. Dass sich die Partei eventuell auch organisatorisch auf neues europäisches Terrain bewegt, zeigt sich im Moment leider einzig in der Tatsache, dass Martin Schulz nach der Erstellung der Bundesliste für die Europawahl möglicherweise zu eben jenem europäischen Spitzenkandidaten gewählt werden könnte. Groß bewegen musste man sich dafür nicht, schließlich ist er der eigene Kandidat.

Die Marke „Europapartei“ steckt sich die SPD gerne ans Revers, muss sie aber erst noch pflegen, auch wenn laut Beschlusslage „Schwerpunkt unserer Politik auf europäischer Ebene die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE)“ ist. Man wolle die Entwicklung der SPE hin zu einer echten Mitgliederpartei als Kern einer europäischen Öffentlichkeit weiter vorantreiben und die Möglichkeit für Individualmitgliedschaften schaffen, hieß es im Leitantrag 2011 weiter. Noch einmal wurden die bereits 2007 gesteckten Ziele aufgezählt: „Zugleich müssen europäische Parteien so weiterentwickelt werden, dass sie europaweit kampagnen- und politikfähig werden. Nur so können Parteien einen Beitrag zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit leisten.“³

Weiter stellte man heraus, dass die von der SPD initiierte Erarbeitung eines Grundsatzprogramms der europäischen Sozialdemokratie weiter vorangetrieben werden wird und das neu geschaffene Instrument der Europäischen Bürgerinitiative „mit unseren Schwesterparteien, der SPE und Nicht-regierungsorganisationen aktiv“⁴ genutzt werden solle, um die direkte Demokratie auf europäischer Ebene erlebbar zu machen. Nur leider ist das SPE-Grundsatzprogramm in der Öffentlichkeit und in der Partei kaum ein Thema und die Europäische BürgerInneninitiative fristet seit ihrer Einrichtung ein Nischendasein. Wohl kennen 26 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union die ECI, aber noch nicht einmal 5 Prozent wissen, wie sie funktioniert.⁴ Die SPD hat bisher einen einzigen Versuch unternommen, das Instrument in den öffentlichen Fokus zu bringen, als sie gemeinsam mit der österreichischen SPÖ ein Referendum über die Finanztransaktionssteuer anstieß. Das war vor 2011, also noch vor dem Bundesparteitagsbeschluss, und ist anschließend im Gipfelmarathon versickert.

Auf dem gleichen Bundesparteitag von 2011 überwies man einen Antrag der Jusos, der bereits 2010 mit dem Titel „Mehr europäische Sozialdemokratie wagen“ dem Bundeskongress vorgelegt wurde. Gelandet ist der Antrag beim Europabeauftragten des Parteivorstandes. Es wurde betont, dass die automatische Mitgliedschaft in der SPE für jedes Mitglied der nationalen SPE-Parteien sichtbar gemacht werden müsse. Da es ähnlich zu sehen sei, wie der gleichzeitige Erwerb der Mitgliedschaft

1 http://www.spd.de/linkableblob/1778/data/hamburger_programm.pdf S. 29

2 http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf S. 21 – 22

3 http://www.spd.de/linkableblob/17784/data/20110926_leitantrag_europa.pdf S. 21

4 http://www.europarl.europa.eu/pdf/eurobarometre/2012/election_2012/Parlement_EB774PARLelections_EN_final.pptx Folie 31

1 im Bundesverband und im Ortsverein der Partei und jeweilig politische Mitwirkungsmöglichkei-
2 ten damit verbunden seien, müssten die „Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder der nationalen
3 Parteien auf europäischer Ebene [...] noch weiter gestärkt werden.“¹
4 Will man sich aber im Internet über das Wahlverfahren der Delegierten zum SPE-Kongress infor-
5 mieren ist man schnell am Ende der Suche – ohne klares Ergebnis. Auch die Kandidatinnen und
6 Kandidaten für die Liste der SPD zur Europawahl werden irgendwo zwischen Regionalverbund
7 und Bundesebene ausgehandelt. SPD-Mitglieder können sich allenfalls als SPE-AktivistInnen
8 eintragen lassen.
9 Dass es immer mehr Europa-Arbeitskreise gibt und es im Parteivorstand eine/n Europabeauftragte/n
10 gibt, ist ein langsam fortschreitender, aber zu begrüßender Prozess. Dabei sollte der Blick auch auf
11 die Ortsvereine als Basis der innerparteilichen Willensbildung gelenkt werden. Die Ideen sozialde-
12 mokratischer Europapolitik als wesentliches Merkmal der Sozialdemokratie als solcher sind nicht
13 überall an der Basis ausreichend verankert. Europa als Thema auch der Bildungsarbeit direkt vor
14 Ort, in Kooperation mit lokalen Trägern und Vereinen in den Stadtteilen sollte direkt gefördert
15 werden und die Ortsvereine durch Europa AKs und bereitzustellende Teamerinnen und Teamer
16 unterstützt werden. Die hohe mediale Aufmerksamkeit von EU-Politik im Rahmen der sogenann-
17 ten „Euro-Krise“ und der Umstand, dass die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 mit den
18 Kommunalwahlen in NRW zusammenfallen, bieten eine einmalige Chance die eigene Basis zu
19 mobilisieren. Dabei ist darauf zu achten, dass die Mobilisierung und auch der Wahlkampf auf
20 Positionen ausgerichtet sind und nicht darauf, das politische System der EU zu erklären, oder ihre
21 Daseinsberechtigung zu verteidigen. Gerade auch die Verknüpfung von europäischen und kommuna-
22 len Themen stellt eine Möglichkeit dar, Europapolitik „greifbar“ zu machen und die Unterschiede
23 einer sozialdemokratischen Politik in Abgrenzung zu heute herrschenden politischen Ideen auf dem
24 Kontinent darzustellen. EU-länderweite Kampagnen und Initiative sollten auch Gebrauch von der
25 Möglichkeit machen, kleinste Organisationseinheiten (wie Ortsvereine) direkt zu vernetzen. Dabei
26 können bereits existierenden Verbindungen zwischen Städten, etwa im Rahmen von Städtepart-
27 nerschaften nützlich sein. Die SPD ist aus ihrer Selbstorganisation in diesem Sinne nicht schon
28 immer „europäisch“ gewesen. Und deshalb darf die Selbstbetrachtung als „Europapartei“ keinesfalls
29 selbstzufrieden sein. Die SPD muss sich fortentwickeln und ihre eigenen Beschlüsse umsetzen:
30 Bestehende Regularien sind intransparent und nicht geeignet, wenigstens die eigene Parteibasis so
31 recht zum Europawahlkampf zu motivieren. „Es muss sichergestellt werden, dass den europapo-
32 litisch Interessierten eine entscheidungsrelevante Beteiligung über die Strukturen der jeweiligen
33 Mitgliedspartei (leichter Zugang zu lokaler Ebene) möglich gemacht werden“, hieß es dazu 2011.
34 Erfüllen alle Ebenen dann diese Aufgabe, so ist es die logische Konsequenz, „einen Anteil der
35 Mitgliedsbeiträge an die SPE abzuführen, um diese zu stärken und ihre eigenständige Kampagnen-
36 fähigkeit so zu verbessern.“²
37 Die Kampagnenfähigkeit steht vor allem vor dem Hintergrund des Wahldebakels von 2009, als
38 europaweit und ganz besonders in Deutschland die Ergebnisse für sozialdemokratische und soziali-
39 stische Parteien einbrachen. Die Negativkampagne der SPD unterschied sich damals nur in wenigen
40 Punkten von denen von CDU und FDP, die wahlweise mit einem schwarz-rot-golden hinterlegten
41 „Wir in Europa“ den Akzent darauf legten, deutsche Interessen auf europäischer Ebene vertreten zu
42 wollen, oder die Wahl zu einer nationalen Wahl erklärten, indem sie „Stark für Deutschland in Euro-
43 pa“ zu ihrem Leitspruch erhoben. Deshalb muss die Ausrichtung der Wahlkampagne auf nationale
44 Themen und die Orientierung am Zeitplan einer Bundestagswahl ein Ende haben. Eine Partei, die
45 für sich in Anspruch nimmt, eine europäische Partei zu sein, muss das auch zum Ausdruck bringen
46 können. Damit zollt man der Europawahl die Aufmerksamkeit, die ihr gebührt.
47 Die SPE bereitet im Moment genau die Elemente für einen gemeinsamen europäischen Wahlkampf
48 vor und hat beschlossen, dass auch die Mitgliedsparteien modernisiert werden sollen. Darunter fallen
49 neben allgemeinen Zielen wie einer wiedererstarkenden Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften,
50 eben auch Punkte wie innerparteiliche Demokratie in Bezug auf die Wahl von Führungspersönlich-
51 keiten sowie von Kandidatinnen und Kandidaten.³
52 Zur Strategie der SPE gehört daneben, die nationale Parteiebene enger mit der Europaebene zu
53 verknüpfen. Dazu gehören länderübergreifende Kampagnen und Plattformen. Noch vor der Nomi-
54 nierung eines europäischen Spitzenkandidaten 2014 will die SPE damit beginnen ein gemeinsa-
55 mes Manifest zu entwickeln und eine gemeinsame europäische Kampagnenstrategie aufzustellen.⁴

1 http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf S. 121

2 http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf S. 121

3 http://www.pes.eu/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN_0.pdf S. 4

4 http://www.pes.eu/en/system/files/PES_Strategy_for_2010-2014_adopted_040210_EN_0.pdf S. 5

Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der SPD, sich dort stark einzubringen und in den eigenen Wahlkampf auch ernsthaft zu übertragen. Findet man gemeinsame europapolitische Themen, ist „die Voraussetzung dafür [geschaffen], dass den Europawahlen endlich der Charakter einer nationalen Nebenwahl genommen wird.“ ⁵	1 2 3 4
Dazu gehört einerseits eine bessere Vernetzung, ein engerer Austausch mit den Europabgeordneten, die im Parteialltag kaum Platz einnehmen. Dies hängt nicht zuletzt mit den vorgenannten Wahlverfahren zusammen. Weder für die Bürgerinnen und Bürger, noch für unsere Mitglieder ist das vielversprechend. Eine Identifikation wird unnötig erschwert, wo doch schon das Europawahlrecht schlechte Rahmenbedingungen liefert: Eine Wahl, die innerhalb der Europäischen Union auf mehrere Tage verteilt ist, mit Wahllisten die ihren länderübergreifenden Anspruch noch immer nicht erfüllen. Um die Identifikation mit den Abgeordneten vor Ort und zugleich den europäischen Gedanken der Wahl zu stärken, scheint eine Diskussion über eine Reform des Wahlverfahrens zum Europäischen Parlament notwendig. Eine Reform, bei der eine gute Balance zwischen Elementen einer Direktwahl in Wahlkreisen und einer länderübergreifenden Listenwahl zu finden ist.	5 6 7 8 9 10 11 12 13 14
Andererseits braucht es auch eine bessere Verständlichkeit des Wahlprogramms zur Europawahl. 2009 hatte die SPD die zweifelhafte Ehre in den Medien für das unverständlichste Wahlprogramm gerügt zu werden. Das sollte angegangen werden, indem man beispielsweise Fachbegriffe und Wortkreationen eindämmt, in Klammern erklärt oder Info-Boxen einführt, damit sie sinnig sind und sich von den LeserInnen erschließen lassen und so nicht den Anschein von rein symbolischen Begrifflichkeiten machen. Die regelmäßige Einteilung der Verständlichkeit von Wahlprogrammen der Universität Hohenheim ⁶ wird anhand eines Punktespektrums vorgenommen. Dass die Artikel aus dem Politikteil der Bild-Zeitung dabei als Positivvergleich genommen werden, kann aus unserer Sicht zwar nicht als Leitlinie für bestens verständliche Texte gelten. Einen Sinn verkürzen heißt nicht gleich, dass etwas verständlicher gemacht würde, denn man muss das Niveau nicht senken, um verständlicher zu machen, was man sagen will. Nichtsdestotrotz ist die Einstufung als Anzeichen dafür zu werten, dass Sätze wie die folgenden aus dem Wahlprogramm überarbeitet werden sollten: „Der unter deutscher Regie eingeführte Makroökonomische Dialog (MED) zwischen den EU-Finanzministern, der Europäischen Zentralbank und den Sozialpartnern ist zu stärken und insbesondere für die Eurozone weiterzuentwickeln. [...] Wir wollen den Internationalen Währungsfonds (IWF) demokratisch reformieren und zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft ausbauen. Seine Zusammenarbeit mit dem Forum für Finanzstabilität (FSF) ist weiter zu verbessern. Gemeinsam sollen beide Institutionen ein Frühwarnsystem und politische Handlungsempfehlungen für stabile Finanzmärkte entwickeln.“ ⁷ Das muss gemeinsam mit dem Schritt zu einem europäischen Programm unbedingt angegangen werden.	15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34
Wenn 2014 die Europawahl anläuft, sind ganze sieben Jahre seit dem Grundsatzprogramm von Hamburg, fünf Jahre seit der letzten Europawahl und drei Jahre seit Beschluss des Leitantrages „Neuer Fortschritt für ein starkes Europa“ vergangen. Genug gewartet. Die beschworene Europapartei darf auch in ihrer Selbstorganisation keine Worthülse bleiben!	35 36 37 38
Die Europa-Beschlusslage mit Leben füllen	39
Die SPE-Grundsatzprogrammdebatte vorantreiben	40
Die Wahl der SPD-EuropakandidatInnen demokratisieren	41
Eine wirklich europäische Wahlkampagne fahren	42
Europa in das Parteileben holen	43
Europa-Programm verständlicher machen.	44

5 http://www.spd.de/linkableblob/23182/data/beschlussbuch_bpt_2011.pdf S.122

6 https://www.uni-hohenheim.de/fileadmin/einrichtungen/komm/PDFs/Komm/Wahlprogramm-Check/Wahlprogramm-Check_Europawahl_2009.pdf

7 http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf S. 10 – 12

NETZ- UND KULTURPOLITIK

N 1	Schluss mit dem Kulturnotstand - Für eine solide Kulturfinanzierung in NRW	33
N 2	Sicheres Stadionerlebnis – Für eine lebendige und friedfertige Fussballkultur	36
N 3	Archäologie und Baudenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen erhalten!	38

SCHLUSS MIT DEM KULTUR- NOTSTAND - FÜR EINE SOLIDE KULTURFINANZIERUNG IN NRW

Die leeren Haushaltskassen in vielen Kommunen zwingen diese nun schon seit mehreren Jahren in eine eiserne Sparpolitik. Die Alternativen zur Zukunft der Kulturfinanzierung scheinen begrenzt.

Haushaltssicherungskonzepte und Nothaushalte haben in den unterschiedlichsten Kommunen jedoch meist eines gemeinsam: Gespart wird zuerst an den Ausgaben für die Kultur. Während Bildungsausgaben nach dem Pisa-Schock als Spar-Tabu anerkannt sind, stehen kulturelle Einrichtungen und Projekte offenbar für viele kommunale Verantwortliche auf der Streichliste weit oben. Der Wert einer kulturellen Daseinsvorsorge für die Lebensqualität und die Entwicklung der Kommune wird zwar häufig anerkannt, doch der Sparzwang führt letztlich immer wieder zur Einstellung der Finanzierung kultureller Einrichtungen. Dieses Schicksal trifft jedoch nicht alle kulturellen Einrichtungen gleichermaßen: Während kleine, eher als subkulturell zu bezeichnende Projekte den Rotstift spüren müssen, bleiben „Leuchtturmprojekte“ der sogenannten „Hochkultur“ von allzu radikalen Kürzungen häufig verschont. Kulturschaffende sind jedoch in der gesamten Landschaft von Lohnkürzungen oder Arbeitsplatzverlust betroffen.

KULTUR ALS QUELLE VON LEBENSQUALITÄT ANERKENNEN

Aufgrund der finanziellen Notlage von kulturellen Projekten geraten vorwiegend monetäre Aspekte in den Fokus des politischen Handelns. Dies wird den Aufgaben der Kultur allerdings nicht gerecht. Schließlich liegen die Ziele der Kultur nicht in ihrer Gewinnmaximierung, sondern in der Veränderung und Festigung einer Gesellschaft. Sei es durch die Anhebung des Bildungsniveaus oder einer attraktiven Freizeitgestaltung. Deswegen setzen ökonomische Indikatoren zur Evaluation von kulturellen Projekten bzw. Institutionen den falschen Rahmen, weil die positiven Effekte einer Kulturlandschaft nicht in Zahlen zu fassen sind. Daher muss bei dem Vergabeprozess der Fördergelder vor allem der gesellschaftliche Auftrag bzw. die künstlerische Qualität ein Maßstab sein. Ökonomische Aspekte dürfen nicht allein im Zentrum der Entscheidung stehen.

Die Probleme der Kulturfinanzierung zwingen dazu, die Strukturen der Finanzierung kultureller Einrichtungen in NRW zu überdenken, um auch dauerhaft eine Sicherung von Theatern, Orchestern, Projekten der Kinder- und Jugendkultur, Musikkultur usw. zu ermöglichen. Insbesondere in den hohen Preissegmenten, etwa für Logenplätze u.ä., besteht noch Spielraum zur Umverteilung. Gleichzeitig muss ein Kontingent an günstigen Eintrittspreisen vorgehalten werden, um Menschen mit geringem Einkommen den Besuch der Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Zudem fordern die NRW Jusos die Kommunen auf, Sozialtickets für GrundsicherungsempfängerInnen bereitzustellen, mit denen diese kulturelle Einrichtungen zu stark vergünstigten Preisen oder kostenlos besuchen können.

EIN SCHONBEREICH FÜR KULTURELLE DASEINSVORSORGE

Kulturfinanzierung ist eine freiwillige Leistung der Kommunen, die bei einem Eintreten in das Haushaltssicherungskonzept (HSK) gestrichen werden kann.

Kommunen im HSK und Nothaushalt müssen aber weiterhin freiwillige Leistungen zur Kulturförderung bereitstellen dürfen. Diese Intention verfolgt auch der Koalitionsvertrag 2012 von SPD und Grünen. Jedoch nimmt eine allgemeine bessere Finanzausstattung der Kommunen nicht den Druck von der Kulturfinanzierung, die auch in der Zukunft immer wieder von der Streichung bedroht sein wird. Wir NRW Jusos finden, dass auch finanziell unter Druck stehende Kommunen der Kulturförderung grundsätzlich nachkommen können müssen. Deshalb unterstützen wir die Landesregie-

1 rung in ihrem Vorhaben, die Kommunen finanziell besser auszustatten. Die NRW Jusos fordern die
2 Landtagsfraktionen der Regierungsparteien dazu auf, in der Gemeindeordnung einen Schonbereich
3 in Höhe von mindestens 1% vom Gesamthaushalt zu definieren, der die Förderung von Kultur
4 weiterhin möglich macht. Die Aufsichtsbehörde, als Zustimmungsbehörde zum Haushaltssiche-
5 rungskonzept, darf der Kommune dann nicht die Streichung von freiwilligen Leistungen in der
6 Kulturförderung vorgeben, die innerhalb dieses Schonbereiches liegt.

7 **FÖRDERUNG VON ALTERNATIVEN KULTURPROJEKTEN, BREITENSPORT UND** 8 **KLEINKUNSTPROJEKTEN**

9 Klein- und Kleinstkulturprojekte bei denen Sponsoren und Mäzene nicht Schlange stehen, brau-
10 chen die finanzielle Unterstützung der kommunalen Kulturförderung. Kultur belebt die Städte
11 und Gemeinden. Gerade kleine Kulturprojekte jenseits der Mainstream-Kultur schaffen wich-
12 tige Nischen für die Gestaltung der freien Kulturszene. Die Kommunen verpflichten sich einen
13 bestimmten Anteil am Kulturetat für Klein- und Kleinkunstprojekte zur Förderung bereitzustellen.
14 Die Beantragung dieser Förderung muss auch für Veranstalter von Klein- und Kleinstkulturprojek-
15 ten ohne großen bürokratischen Aufwand möglich sein. Kommunale Unternehmen der Daseinsvor-
16 sorge (Stadtwerke, ÖPNV, kommunale Energieversorger, öffentlich-rechtliche Sparkassen) fördern
17 häufig Kunst, Kultur und Sport in Kommunen, die in besonderem Maße das Massenpublikum
18 ansprechen. Das entspricht aber nicht dem Anspruch, ein kulturelles Angebot auch jenseits des
19 Mainstreams zu bereitzustellen.

20 Die kommunalen Unternehmen müssen daher verstärkt den nicht-professionellen Breitensport, die
21 alternative Kulturszene und nicht-kommerzielle Kulturprojekte finanziell fördern. Die Förderung
22 von professionellen Sportvereinen und Massenkulturveranstaltungen bleibt den Kommunen vorbe-
23 halten, ist aber nicht Teil des Schonbereiches.

24 Um eine solide Finanzierung auch von vermeintlich wenig prestigeträchtigen, kleinen Kulturpro-
25 jekten zu ermöglichen, fordern die Jusos eine Umlage zwischen Angeboten der sog. Hochkultur und
26 diesen Projekten. Eine Erhöhung der Preise in hochsubventionierten Staatsopern und ähnlichen
27 Einrichtungen soll dabei den kleinen, stark unterfinanzierten Kulturprojekten zugute kommen.

28 **KULTURPOLITIK ENDET NICHT AN DER STADTGRENZE: FÜR DIE BILDUNG VON** 29 **REGIONALEN KULTURRÄUMEN!**

30 Wir sind überzeugt: Um die Kommunen lebenswert zu gestalten und um der Aufgabe der kultu-
31 rellen Daseinsvorsorge durch die Kommunen nachzukommen, brauchen die Kommunen einen auf
32 die Nutzungsstrukturen angepassten finanziellen Gestaltungsrahmen. Städtische Zentren, die brei-
33 te Kulturangebote unterhalten sind häufig Anziehungspunkt auch für Menschen aus der Region
34 und damit aus Kommunen, in denen nur ein kleines Angebot an Kultur existiert. Damit profitie-
35 ren diese „KulturpendlerInnen“ von Einrichtungen, ohne sie (mit Ausnahme des Eintrittspreises)
36 mitzufinanzieren.

37 Die NRW Jusos fordern die Landesregierung auf, analog zu dem in Sachsen erfolgreichen Modell
38 (SächsKRG) Kulturregionen in NRW zu definieren und diesen eine neue finanzielle Grundlage
39 zu bieten. Kulturräume bestehen aus Kreisen und kreisfreien Städten, die - gemeinsam mit dem
40 Land - die regional bedeutsamen Kultureinrichtungen finanzieren. Das bisher existierende Modell,
41 demzufolge die überregionalen Kulturangebote durch das Land NRW, die Landschaftsverbände, die
42 Kreise und der Trägerkommune finanziert werden, ist zu großräumig gedacht. So erstreckt sich der
43 „Kulturraum“ des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe von Herford bis nach Siegen und umfasst
44 keinen realistischen, sondern vielmehr einen konstruierten Kulturraum.

45 Durch die Bildung von regionalen Kulturräumen wird das Kirchturmdenken der einzelnen Kommu-
46 nen in der Kulturförderung beendet. Regionale Kulturräume haben zudem den Vorteil, dass sie in
47 der Bevölkerung ein Bewusstsein für eine gemeinsame und regionale Kultur schaffen. Die regionalen
48 Kulturangebote werden in Zukunft durch das Land NRW, die gemeinsamen Kulturräume und die
49 Trägerkommune finanziert. Die Kulturförderung wird aus dem Finanzrahmen der Landschafts-
50 verbände herausgelöst. Die regional zusammenhängenden Kreise und kreisfreien Städte bilden die
51 regionalen Kulturräume. Sie bilden einen gemeinsamen Kulturrat und finanzieren die regionalen
52 Kulturangebote. Die Kreise und kreisfreien Städte vermindern ihren Anteil an der Landschaftsver-
53 bandsumlage. Für die Kommunen reduziert sich die Kreisverbandsumlage entsprechend. Dadurch
54 rhalten die Kommunen dringend benötigten Spielraum, die in der Region Ort wichtigen Kultur-

einrichtungen zu stärken. Der sogenannte „Spill-over-Effekt“, die einseitige finanzielle Belastung von regionalen Zentren, die Kulturangebote für die gesamte Region anbieten und größtenteils allein finanzieren, wird dadurch abgeschwächt. Bei regionaler Überbesetzung von Orchestern im A-Bereich sind Orchester im B- bis D-Bereich aufzulösen.

FÜR DIE FREIE KUNST - SOLIDE FINANZIERT!

Nicht zuletzt ist der Bund in der Pflicht, die Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe zu unterstützen. Er weist den Städten und Gemeinden viele Aufgaben zu, ohne die Finanzierung dieser Pflichten zu gewährleisten. Nicht nur bei der Finanzierung der Grundsicherung und der Bereitstellung von Kita-Plätzen wird dies für die Kommunen zu einer finanziellen Zerreißprobe. Auch die Kulturfinanzierung ist eine vom Bund an die Kommunen delegierte Aufgabe, die ohne finanzielle Grundlage auskommen muss.

Wir NRW Jusos fordern daher den Bund auf, das Konnexitätsprinzip zu beherzigen. Demzufolge darf der Bund Aufgaben nur dann an Kommunen delegieren, wenn er auch zu einer Finanzierung dieser Aufgaben beiträgt.

Kommunen, Länder und der Bund sind elementare Geldgeber für Kulturbetriebe. Hiermit könnte die Gefahr verbunden sein, dass sich die Geldgeber die Kultur erkaufen, um sie in eine bestimmte Richtung zu lenken. Dies widerspricht einer der wichtigsten Aufgaben der Kultur: Menschliches Verhalten, Gesellschaften und Systeme zu hinterfragen. Deswegen ist bei jeder Auflage, die eine öffentliche Instanz stellt zu hinterfragen, inwieweit dadurch der genannte Auftrag beeinflusst wird. Ebenso ist auch die Kultur nicht nur als Konservierungsbehälter für sogenannte „Klassiker“ zu sehen, sondern auch für einen Ort der Kreativität über diese Klassiker hinaus. Dies ist auch bei Auflagen zu beachten, die diese Kreativität, für einen missverstandenen Bildungsauftrag, beschneiden. Denn der Bildungsauftrag geht über die Etablierten Kulturprodukte hinaus. Die Politik darf daher nur die Rahmen für Kultur setzen, die Kultur muss diesen eigenständig füllen.

KULTURELLE BILDUNG HEISST ENTWICKLUNG DER KULTURSZENE

Die Kultur muss auch in Zukunft ihren integrativen Charakter behalten bis ausbauen. Durch ihre Mannigfaltigkeit an Facetten kann die Kultur Spaltungen innerhalb der Gesellschaft zwischen Milieus reduzieren. Hierbei spielen bildungspolitische Teilgebiete eine Rolle, wie die frühkindliche Förderung (z.B. Leseförderung), aber u.a. auch Milieu übergreifende Musik oder Theaterprojekte. Diese Förderung hat aber nur dann Bestand, wenn jedes Milieu Teil der Kulturlandschaft werden kann. Daher ist ein niedrigschwelliger Einstieg in die Kultur wichtig, auch damit sich die Kulturszene durch unterschiedliche Einflüsse weiterentwickeln kann.

SOLIDE KULTURFINANZIERUNG SCHAFFT SOLIDE ARBEITSVERHÄLTNISSE

Bei den Kulturschaffenden ist eine zunehmende Prekarisierung ihrer Arbeitsplätze festzustellen. Eine Entwicklung, die insbesondere bei der freien Szene festgestellt werden kann, aber auch bei Angestellten. Die Arbeitsverhältnisse basieren häufig nur auf Zeitverträgen und das durchschnittliche Einkommen ist auf einem niedrigen Niveau, vor allem vor dem Hintergrund, dass viele Kulturschaffende eine abgeschlossene Hochschulausbildung aufweisen. Hierdurch entstehen viele Probleme: das Gründen einer Familie wird aufgrund der mangelnden Planungssicherheit erschwert. Durch das niedrige Einkommen ist die soziale Sicherung der Freischaffenden häufig ungenügend und die Kreativität wird durch die hohe finanzielle Belastung eingeschränkt.

Um auch in Zukunft einen Kulturbetrieb aufrecht zu erhalten, ist es wichtig, dass es zu keiner weiteren Prekarisierung der Arbeitsformen bei den Kulturschaffenden kommt. Der dadurch entstehende Druck hemmt das kreative Potenzial der Kulturbeteiligten und hat auch persönliche soziale Folgen. Deswegen ist es entscheidend, dass bei Institutionen dem Trend der steigenden Anzahl von Zeitverträgen Einhalt geboten wird. Ebenso ist über Tarifverträge bzw. Mindestlöhnen in der Kulturszene nachzudenken. Um die wachsende Gefahr der Altersarmut bei Künstlern und Publizisten entgegenzuwirken, gilt es sich für eine Reformierung der Künstlersozialversicherung (KSV) einzusetzen. Sie muss effektiver gestaltet werden, das heißt, mehr Mitarbeiter, eine starke Entbürokratisierung und eine Überarbeitung der Auflagen, denen häufig eine nicht Alltagstauglichkeit.

SICHERES STADIONERLEBNIS – FÜR EINE LEBENDIGE UND FRIEDFERTIGE FUSSBALLKULTUR

Die Fußball Bundesliga wird weltweit für ihre modernen Stadien und einzigartige Atmosphäre geschätzt. In Zeiten überteuerter Eintrittspreise und Stehplatzverbote in England, sowie leerer Stadien in Spanien und Italien erscheint die Bundesliga in vielerlei Hinsicht als ein Hort der Fankultur. Diese Fankultur wird vielerorts von mündigen, kreativen Fans angeführt. Bilder von riesigen Choreographien und Fahnenmeeren gehen jährlich um die Welt. Bei TV-Übertragungen der Europapokalspiele mit deutscher Beteiligung sind deutsche Anhänger oft in der sog. „Stimmungshöhe“. Dies liegt vor allem daran, dass Fans in Deutschland als elementarer Bestandteil des organisierten Fußballs wahrgenommen werden. Spätestens seit dem 12:12 Protest, für den in fast allen deutschen Stadien ein Stimmungsboykott durchgeführt wurde, ist bekannt welchen Einfluss Fans auf ein Spiel haben können.

Es ist hierbei schwer zu fassen, bis wohin sich die Politik in den Fußball einmischen darf und sollte. Fakt ist: Politik kann und darf keinen Einfluss auf Fan- und Fußballkultur ausüben, die sich im Rahmen der geltenden Gesetze bewegt.

Die NRW Jusos setzen sich dafür ein, dass ein neues Rahmenkonzept für Sicherheit im Stadion zwischen Politik, Sportvereinen und Fans erarbeitet wird. Folgende Punkte sollen dabei Beachtung finden:

SICHERHEIT

Um das Mitbringen von gefährlichen Gegenständen zu verhindern sind Einlasskontrollen am Stadioneingang unumgänglich. Diese werden von Vereinsseite organisiert. Es ist dafür zu sorgen, dass die Kontrolleure und Kontrolleurinnen in Bezug auf Persönlichkeitsrechte geschult sind, die Einlasskontrollen auf ein notwendiges Minimum reduziert sind und nicht deutlich mehr als eine oberflächliche Untersuchung der Personen und eine gründliche Durchsuchung von Taschen und Rucksäcken umfassen. Leibesvisitationen sind nach deutschem Gesetz nur mit richterlichem Beschluss möglich, diese Regelung muss selbstverständlich auch im Stadionkontext gelten und darf nicht durch die Stadionordnung außer Kraft gesetzt werden. Generell sind sowohl Polizei als auch Sicherheitskräfte dazu angehalten, deeskalierend und nicht provokativ zu agieren, ihre Arbeit im Rahmen vernünftiger und zielgerichteter Richtlinien zu verrichten.

Um einen reibungslosen und schnellen Ablauf der Einlasskontrollen zu gewährleisten, fordern die NRW Jusos die Vereine auf, für mehr Ordnerinnen an den Eingängen zu sorgen. Ein bis zwei Ordnerinnen pro Eingang sind keine Grundlage um schnell, sicher und deeskalierend den Einlass zu regeln, da Stadionbesucherinnen keine Seltenheit sind. Es darf keine Option sein, die weiblichen Fans einmal durch die drängelnde Menge zu schicken, damit sie zu einer der wenigen Ordnerinnen am Eingang gelangen.

KOSTEN DER POLIZEIEINSÄTZE

Die im Rahmen von Bundesligaspielen, aber auch von Spielen in niedrigeren Ligen wie der Regionalliga entstehenden Kosten für Polizeieinsätze sind selbstverständlich weiterhin von der öffentlichen Hand zu tragen. Es ist Aufgabe der Polizei, die öffentliche Sicherheit zu garantieren; private Bezahlung von Polizeieinsätzen lehnen wir daher generell ab. Sicherheitsdienste im Stadiongebiet fallen sowohl von der Organisation als auch in Bezug auf die Kostenübernahme in den Verantwortungsbereich der Vereine. Die Arbeit der Sicherheitsdienste soll stets in enger Koordination

mit Fanprojekten, Vereinsverantwortlichen, Vertretern der DFL und der Polizei organisiert werden, sodass der Stadionbesuch sicher, angenehm und für alle Beteiligten ohne unnötige Belastungen stattfinden kann.	1 2 3
STEHPLÄTZE	4
Ein Stehplatzverbot lehnen wir entschieden ab. Die Tatsache ob jemand steht oder sitzt entscheidet nicht über die Sicherheit des Stadionbesuchs, sehr wohl aber über die Atmosphäre im Stadion. Wer den Fußball lebens- und erlebenswert halten will, darf sich nicht mit Maßnahmen wie Stehplatzverboten aufhalten.	5 6 7 8
KOLLEKTIVSTRAFEN	9
Die kollektive Bestrafung Unschuldiger darf von uns unter keinen Umständen akzeptiert werden. Anwendung finden diese beispielsweise bei kollektiv verteilten Stadionverboten und einer offensichtlichen Erhöhung von Kartenpreisen für den Gästebereich auf Grund von Vorkommnissen in vorherigen Spielzeiten.	10 11 12 13
FANPROJEKTE	14
Ein Weg hin zu einer guten und nachhaltigen Fanpolitik umfasst zuletzt auch die tägliche Fanarbeit. Fanprojekte leisten eine wichtige und unverzichtbare Arbeit. Sie engagieren sich intensive gegen Rechtsextremismus und bieten eine Anlaufstelle für Probleme und Fragen aller Art, auch abseits des Stadions. Die Arbeit mit Jugendlichen und die Prävention muss gestärkt werden, weshalb mehr Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Wir fordern die Bereitstellung von sichtbar gekennzeichneten Schutzräumen in Stadien, in denen sich Opfer von physischer oder psychischer Gewalt sicher fühlen können. Außerdem fordern wir, nach Vorbild des legendären Anfield-Stadions in Liverpool, Notfallnummern für Opfer oder Zeug_innen von Übergriffen, um schnelle Hilfe zu garantieren.	15 16 17 18 19 20 21 22

1 **ARCHÄOLOGIE UND** 2 **BAUDENKMALPFLEGE IN** 3 **NORDRHEIN-WESTFALEN** 4 **ERHALTEN!**

- 5 Die rot-grüne Landesregierung Nordrhein-Westfalen soll auch weiterhin Archäologie und
6 Baudenkmalpflege durch direkte Mittelzuschüsse fördern.

ORGANISATIONSPOLITIK

○ 1	Gründung des Arbeitskreises „Hayyim“ zum Thema Antisemitismus	41
-----	---	----

GRÜNDUNG DES ARBEITS- KREISES „HAYYIM“ ZUM THEMA ANTISEMITISMUS

1
2
3

Die NRWJusos sprechen sich für die Gründung eines Arbeitskreises der NRW SPD auf Landes-
ebene aus, der sich thematisch mit Antisemitismus auseinandersetzt und fordern den Parteivorstand
auf, einen solchen einzurichten. Ziel und Aufgabe des Arbeitskreises wird es sein, inhaltliche Aufklä-
rungsarbeit zu dem Thema zu leisten, dabei sollen Gruppen innerhalb und außerhalb der Partei
angesprochen werden.

4
5
6
7
8

RESOLUTIONEN

R 1	Zum laichen und sterben ziehen die Lachse die Ruhr hinauf	45
-----	---	----

ZUM LAICHEN UND STERBENZIEHEN DIE LACHSE DIE RUHR HINAUF

Der RVR hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig weiterentwickelt. Bereits seit seiner Gründung als Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (SVR) war das Ziel, eine gemeinsame Entwicklung der Kommunen im Ruhrgebiet zu fördern und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Mit der Möglichkeit der Regionalplanung und Flächennutzungsplanung für das Ruhrgebiet, besteht die Möglichkeit durch den RVR auf die Entwicklung der einzelnen Kommunen Einfluss zu nehmen. Die Möglichkeiten, bspw. gemeinsame Entwicklungen sowie anstatt eines Angebots-Kannibalismus eine gemeinsame Bedarfsflächenplanung zu organisieren, sind wichtige Schritte auf dem Wege zu einem modernen Agglomerationsraum des 21. Jahrhunderts. Damit kann einer Überversorgung ebenso entgegengewirkt werden, wie den heterogenen Handlungsfeldern gerecht werden, die sich durch des fortwährenden Wandels der Gesellschaften und der Gewerbestrukturen ergeben.

Damit einher geht zugleich eine Einschränkung der gewählten Räte. Statt durch direkt gewählte Vertreter_innen werden die politischen Debatten und Beschlüsse im Rahmen der regionalen Selbstverwaltung durch die Verbandsversammlung innerhalb des RVR getroffen. Auf diese, sich aus entsandten Mitgliedern der jeweiligen Kommunen zusammensetzende Versammlung, haben die Bürger_innen der Mitgliedskommunen keinen direkten Einfluss. Mit ihrer Stimme haben sie ausschließlich die Möglichkeit, Parteien und Kandidat_innen für die den jeweiligen Rat zu wählen. Durch den Zuwachs der Aufgaben und den Eingriff in das Zusammenleben der Menschen im Ruhrgebiet entsteht hieraus eine Diskrepanz zwischen Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen und der Legitimierung der Mitglieder der Versammlung des RVR.

Auf Grundlage des Koalitionsvertrags der Landesregierung zwischen SPD und Grüne, haben wir aktuell die historische Chance einen Prozess in der Metropol Ruhr zu starten, welcher dem gesamten Bundesland zu gute kommen wird.

Aus Sicht der NRW Jusos ist zu prüfen, ob eine solche indirekte Wahl zu einem Demokratiedefizit führt und ob dieses durch eine direkte Wahl der Mitglieder im Rahmen der Kommunalwahlen behoben werden kann. Zudem ist zu prüfen, ob ein solches Vorgehen noch mit weiteren positiven Weiterentwicklungen für die Region einhergehen kann, um Synergieeffekte zu nutzen, wie zum Beispiel bei einem besser abgestimmten ÖPNV. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass ein direkt gewähltes Ruhrparlament nicht zu einer Abwertung der anderen Regionen führt. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass ein direkt gewähltes Ruhrparlament nicht zu einer Abwertung der anderen Regionen führt. Ferner ist bei dem Dialogprozess zu prüfen, ob ein solches Vorgehen und Weiterentwicklung auch für andere Regionen einzuführen ist. Bei diesem Diskussionsprozess sind die Vertreter der Regionen einzubinden. Falls der Diskussionsprozess ergeben sollte, dass ein solches Vorgehen auch in anderen Regionen sinnvoll ist, sollten entsprechende Anträge für die kommende Landeskonferenzen bzw. Landesausschüsse erarbeitet und zur Abstimmung vorgelegt werden.

INITIATIVANTRÄGE

INI 1	Wir machen's besser – Gerechte und vorsorgende Politik für die ganze Republik	49
INI 2	Polizeiübergreifende Aufklärung - Konsequenzen für NRW ziehen	54

WIR MACHEN'S BESSER –

GERECHTE UND VORSORGENDE POLITIK FÜR DIE GANZE REPUBLIK

Dieses Land wird schlecht regiert. Ein Eindruck, der beunruhigt, den aber immer mehr Menschen richtigerweise verspüren. Und gerecht geht es in der Bundesrepublik schon gar nicht zu: Mehr Armut und kein Kampf dagegen, stattdessen schöngefärbte Berichte. Schlechte Arbeitsbedingungen und ausbeutende Leiharbeit, dafür steigt der Reichtum von wenigen auf Kosten der Gesellschaft. Weniger Perspektiven für junge Menschen und eine große Zukunftsangst. In der Bundesrepublik, aber erst recht in vielen anderen europäischen Ländern, wo mit über 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit eine verlorene Generation droht. Doch das interessiert Schwarz-Gelb offenbar überhaupt nicht. Der Wille ein soziales Europa zu gestalten fehlt komplett, ganzen Staaten wird durch ein striktes Spardiktat die Luft zum Atmen genommen. Stattdessen wird im eigenen Land der Versuch unternommen Steuerabkommen zu verabschieden, die Steuerhinterziehung durch anonyme Legalisierung belohnen und unsoziale Geschäftsmodelle unterstützen, die auf Kosten von ganzen Volkswirtschaften gehen. Dazu eine ungerechte Finanzpolitik insgesamt, es fehlt das Heranziehen von großen Vermögen, um die durch Banken verursachte Krise und die schlimmen sozialen Folgen zu bewältigen. Stattdessen wird in Prestigeobjekte des Militärs investiert, die hunderte Millionen verschlingen und niemals Realität werden. Die Steuern – auch daran erinnern wir uns noch – für Hoteliers werden gesenkt, beim Ausbau der U3-Betreuung fehlt aber das Geld. Eine Herdprämie belohnt dann diejenigen, die ihre Kinder nicht zur KiTa geben und so soziale Kontakte und eine gesellschaftliche Bildung, aber vor allem auch die Möglichkeit der Erwerbsarbeit, vor allem für viele Frauen, verhindern.

Kurzum: In Berlin wird unter Schwarz-Gelb seit 2009 keine Politik für die Menschen dieses Landes mehr gemacht, sondern vielmehr verwaltet, ausgesessen, abgeräumt und geschwurbelt. Das wollen wir NRW Jusos nicht hinnehmen. Wir wissen: Wir machen's besser! Deshalb werden wir gemeinsam und mit geballten Kräften für einen kompletten Regierungs- und Politikwechsel bei der Bundestagswahl im September kämpfen! Die schwarz-gelbe Regierung hat abgewirtschaftet, denn sie arbeitet nur noch für sich und nicht mehr für die Menschen in diesem Land.

Die SPD hat in der Vergangenheit zweifelsohne Fehler gemacht, sonst wäre sie 2009 nicht mit einem derart schlechten Ergebnis bedacht worden. Erst dadurch wurde die stümperhafte Regierungszeit von Schwarz-Gelb eingeläutet. Doch die SPD hat – auch dank uns Jusos – gelernt und nun ein Regierungsprogramm vorgelegt, was sich in vielen Bereichen sehen lassen kann. Auf die im ersten Absatz dieses Antrages kritisierte Politik kann die SPD nach einem Wahlsieg die richtigen Antworten finden und zwar unter einer Überschrift, die vor allem für den Zusammenhalt der Gesellschaft von enormer Bedeutung ist: Gerechte und vorsorgende Politik für das ganze Land. Wir werden für den Wahlsieg kämpfen und danach stets dafür eintreten, dass die im Regierungsprogramm festgehaltene Politik umgesetzt wird und es zu einem kompletten linken Politikwechsel kommt.

Wir teilen dabei die inhaltliche Ausrichtung der Wahlkampfthemen des Juso-Bundesverbandes und wollen die Missstände ändern, die wir in diesem Antrag beschreiben. Für uns stehen dafür aus nordrhein-westfälischer Sicht einige Punkte im Vordergrund, für die wir uns – auch gemeinsam mit der NRWSPD, der Landtagsfraktion und der Landesregierung besonders einsetzen wollen.

1 GERECHTE FINANZPOLITIK

2 Haushalts- und Finanzpolitik sind der Dreh- und Angelpunkt für die Umsetzung politischer Pläne.
3 Haushaltspläne illustrieren die politische Richtung einer Regierung in einer Deutlichkeit, wie es
4 nicht einmal Koalitionsverträge oder Regierungsprogramme können. Wir NRW Jusos bekennen
5 uns ausdrücklich zur vorsorgenden Politik in Nordrhein-Westfalen und setzen uns intensiv dafür
6 ein, dass diese auch konsequent fortgeführt wird. Nachhaltigkeit und nicht Kurzfristigkeit muss dabei
7 Grundwert der Politik in NRW bleiben und darf nicht immer wieder fiskalischen Argumenten
8 zum Opfer fallen. Nachhaltigkeit meinen wir dabei explizit in sozialer, ökonomischer und ökolo-
9 gischer Hinsicht. Kontinuierliche Investitionen leisten nicht nur einen Beitrag zur Verwirklichung
10 vorsorgender Sozialpolitik, leisten nicht nur einen echten Beitrag zur Generationengerechtigkeit,
11 sondern vermeiden auch Ausgaben in der Zukunft. Ziele des vorsorgenden Sozialstaats müssen
12 deshalb mit nachhaltigen Investitionen langfristig gesichert werden. Erste Beispiele zeigen, dass dies
13 in der aktuellen Landespolitik nicht mehr uneingeschränkt gilt. Dem gilt es mit einer Erinnerung
14 an beschlossene und beschworene Grundwerte und Leitlinien von Beginn an zu begegnen. Eine
15 isolierte Betrachtung der Ausgabenseite kann dabei weder richtig noch zielführend sein.

16 Von staatlicher Seite müssen wir daher dringend die Einnahmeseite erhöhen, um Investitionen finan-
17 zieren zu können. Zudem ist es für uns eine Frage der Gerechtigkeit, dass starke Schultern in diesem
18 Land auch endlich wieder einen stärkeren Anteil zum Gemeinwesen beitragen. Deshalb steht es für
19 uns außer Frage, dass wir beispielsweise eine effektive Vermögenssteuer benötigen, denn das schafft
20 soziale Gerechtigkeit. Wir wollen eine Umverteilung von oben nach unten. Zwar dürfen durch die
21 Steuer direkt und mittelbar keine Arbeitsplätze gefährdet werden, dennoch muss sich die Steuer
22 lohnen und dann auch richtig investiert werden. Hier erwarten wir von der Sozialdemokratie und
23 auch der Landesregierung ein gutes Augenmaß und den frühzeitigen Austausch über die Thematik
24 mit uns. Zudem befürworten wir die Reform der Erbschaftssteuer, einen höheren Spitzensteuersatz,
25 die Anhebung der Körperschaftssteuer und fordern zudem, wie auf dem Landesparteitag 2012 der
26 NRWSPD bereits andiskutiert, eine einmalige europaweite Vermögensabgabe, damit diejenigen zur
27 Bewältigung der Krise beitragen, die diese ausgelöst haben oder davon profitieren konnten. Das
28 eingenommene Geld wollen wir vor allem in Programme gegen Jugendarbeitslosigkeit investieren.
29 Wir wollen und werden es nicht hinnehmen, dass in manchen europäischen Ländern eine Arbeits-
30 losigkeit von über 50 Prozent herrscht und so eine verlorene Generation entsteht!

31 Weiterhin befürworten wir die bereits getroffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Steuer-
32 gerechtigkeit, die die Einnahmeseite des Staats verbessert: Der Ankauf von Steuer-CDs – momen-
33 tan das einzige Mittel, um Steuersünderinnen und Steuersünder effektiv zu enttarnen – muss solan-
34 ge praktiziert werden, bis endlich wirksame Maßnahmen, härtere Strafen in der Bundesrepublik
35 und Abkommen auf internationaler Ebene verhandelt und beschlossen sind. Die Entschlossenheit,
36 mit der die Landesregierung, allen voran Norbert Walter-Borjans und Hannelore Kraft, bei dem
37 Kauf der Steuer-CDs vorgegangen ist und gleichzeitig das Thema Steuerhinterziehung massiv in
38 die Öffentlichkeit gezogen hat, befürworten wir ausdrücklich. Außerdem begrüßen wir, dass das
39 Steuerabkommen mit der Schweiz auf Betreiben von NRW im Bundesrat gescheitert ist, denn es
40 hätte SteuerhinterzieherInnen geschützt. Dringender Handlungsbedarf herrscht im Bereich der
41 Steuerfahndungen, worauf wir schon mehrmals hingewiesen haben. Manche, vor allem südliche
42 Bundesländer profitieren davon, dass sie wenige Menschen in der Steuerfahndung beschäftigen.
43 Steuerfahndungen sind nämlich für sie deshalb nicht attraktiv, weil sie Firmen abschrecken könnten
44 und die Erlöse aus Steuerfahndungen in den Länderfinanzausgleich wandern würden. Also unter-
45 lassen sie die Stärkung der Steuerfahndung. So entstehen dem Staat deutliche Einnahmeverluste
46 und die Steuergerechtigkeit leidet erheblich. Wir brauchen einheitliche Regelungen, deutlich mehr
47 Steuerfahnderinnen und Steuerfahnder und einen höheren Selbstbehalt der Länder bei Fahndungs-
48 erfolgen. Die Möglichkeit einer strafbefreienden Selbstanzeige ist ein nicht mehr zu tolerierendes
49 Privileg für vermögende Steuerhinterzieher und daher vollständig abzuschaffen. Wir glauben, dass
50 es in diesem Land keine Schulden gäbe, wenn alle Menschen immer redlich ihre Steuern gezahlt
51 hätten. So sind Steuerhinterziehung und Steuervermeidung neben dem rücksichtslosen Vorge-
52 hen einiger Banken vor der Bankenkrise für das derzeitige Staatsdefizit verantwortlich. Wir sind
53 nicht länger bereit das asoziale Verhalten einiger auf Kosten der Allgemeinheit weiter hinzuneh-
54 men, deshalb muss die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung strikt verfolgt
55 werden.

56 Jede Regierung mit einer sozialdemokratischen Beteiligung muss zudem mittelfristig dafür kämp-
57 fen, den weltweiten Austausch von Bankdaten zu verwirklichen, ob nun für Privatpersonen oder

insbesondere auch international operierende Konzerne. Wir fordern ein europäisch einheitliches Vorgehen in der Austrocknung der Steueroasen statt einseitiger Schuldzuweisungen gegenüber den üblich verdächtigen Mitgliedsländern wie beispielsweise Luxemburg. Das Netzwerk Steuergerechtigkeit sieht Deutschland in seinem weltweiten Ranking auf Platz 9 der Steueroasen – sogar noch vor den Bermudas. Auch das muss sich ändern, die Bundesrepublik muss mit gutem Beispiel voran gehen und gemeinsam mit der EU international den Druck auf allen Ebenen erhöhen. Eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen im Bereich der Wirtschaft stellt die Regulierung und Neuaufstellung des Finanzsektors dar. Kurzfristig scheinen nur klare Gesetze gegen die eklatanten Missstände, wie die Nichtweitergabe von Zinssenkungen der EZB für Dispositionskredite bei Girokonten, oder die gleiche Weitergabe von Zinssenkungen für Kredite für Handwerksbetriebe und ähnliches oder die nicht ausreichende Sicherung von Spareinlagen, zu helfen. Insgesamt sehen wir die Entwicklung des Bankensektors sehr kritisch. Nicht nur Geschäftsmodelle, die auf Steuerhinterziehung oder –vermeidung aufbauen sind problematisch. Banken haben die Krise ausgelöst und sich dann „rauskaufen“ lassen, wodurch die Staatsschulden massiv stiegen – die heutige Krise hat als reine Bankenkrise, als Inbegriff des ungezügelter Finanzmarktkapitalismus begonnen und hat deshalb auch dort ihre Ursachen. Die Banken müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und zur Entschuldung der Staaten beitragen, direkt und indirekt. Staatliche Gelder müssen mit Zinsen zurückbezahlt werden, durch Mittel wie die Finanzmarkttransaktionssteuer müssen reine Finanzmarktgeschäfte zusätzlich besteuert werden. Außerdem ist es nicht hinnehmbar, dass viele Banken einfach ihre alten Geschäftspraktiken wieder aufnehmen, als sei nichts gewesen. Deshalb muss darauf hingewirkt werden, dass Banken keine „systemrelevante“ Größe haben können. Beispielsweise Deckelungen von erlaubten Bilanzsummen, eine höhere Garantieeinlage und die vollständige Hinterlegung von Sparguthaben bis zu einer bestimmten Summe sind nur einige Instrumente, die wir uns wünschen. Zudem erkennen wir an, dass sich in Zeiten der Krise Sparkassen und Genossenschaftsbanken bewiesen haben. Deshalb muss sich dafür eingesetzt werden, dass diese Modelle erhalten bleiben und ausgebaut werden, anstatt diese – wie teilweise in der EU unter anderem durch Basel III geschehen – anzugreifen. Langfristig plädieren wir aber dafür, für einen Kulturwandel zu kämpfen. So halten wir die Verhaltensregeln, die durch die BaFin überwacht werden, für überarbeitungsbedürftig. Ebenso wie die Geldwäscheprävention, für deren mangelhafte Umsetzung die Bundesregierung durch die EU-Kommission bereits mehrfach gerügt wurde. Zusätzlich müssen wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge an den staatlichen Hochschulen die Behandlung wirtschaftsethischer Grundsätze in ihrer Ausbildung und Forschung berücksichtigen. Denn ohne dies entsteht nur Schaden, aber kein Mehrwert für die Gesellschaft. Wirtschaftswissenschaftliche Ideologien, die dem Zusammenhalt der Gesellschaft schaden haben an unseren Hochschulen nichts zu suchen.

VORSORGENDE POLITIK FÜR DIE GANZE REPUBLIK

Die Stimmung in der SPD nach der Wahlniederlage von 2009 war bedrückend. Fast sogar bedrohlich. Manche externe BeobachterInnen und auch einige Genossinnen und Genossen sagten der Partei voraus, sie könnte ihren 150-jährigen Geburtstag nicht mehr erleben. Ein Szenario, was sich glücklicherweise schnell als falsch herausstellte und auch von der deutlichen Mehrheit der Menschen nicht geglaubt wurde. Alleine schon deshalb, weil die SPD nach wie vor eine dringend benötigte Partei ist. Und so feiern wir in diesem Jahr auch unser 150-jähriges Jubiläum. Eine Geschichte, die uns verpflichtet weiterhin für eine linke Politik einzutreten und übrigens auch – allein aus der Geschichte und Rolle der Partei im dritten Reich heraus – stets massiv gegen rechtes Gedankengut einzutreten. Doch zurück zur Bundestagswahl 2009. Für die Prioritätensetzung unserer zukünftigen Politik ist es wichtig zu beleuchten, ab wann die Partei wieder an sich und einen Politikwechsel glauben konnte. Ein Datum sticht dabei heraus: Der 9. Mai 2010. An diesem Tag haben wir in Nordrhein-Westfalen den Wahlsieg errungen und die schwarz-gelbe Landesregierung nach nur fünf Jahren abgelöst. Ein Ereignis, aus dem die Partei Zuversicht geschöpft hat und welches zeigt: Mit der richtigen Politik ist es möglich Konservative und Neoliberale aus der Regierung zu drängen. Die NRWSPD und die NRW Jusos haben seit 2010 beharrlich auf eine vorsorgende und gerechte Politik gesetzt, die sich auch sehr deutlich von der schwarz-gelben Politik auf Bundesebene unterscheidet. Diese Politik wollen und werden wir in Nordrhein-Westfalen weiter verfolgen, wofür wir einen Wahlsieg bei der Bundestagswahl und die Erhöhung der Einnahmenseite benötigen. Wir halten diesen Politikansatz aber auch für den Bund für unerlässlich.

1 Vorsorgende Politik, das bedeutet keinen Menschen zurück zu lassen und eine gestaltende Politik zu
2 forcieren, welche auch das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen trifft.

3 Wir brauchen kostenfreie Bildung in allen Bereichen und die auskömmliche Ausfinanzierung der
4 gesamten Bildungskette. Genügend U3-Betreuung und KiTa-Plätze, kleine Schulklassen, mehr
5 Lehrpersonal, SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, eine Ausbildungsplatzgarantie, die
6 Ausbildungsplatzumlage, den Abbau von Warteschleifen, eine Anschlussgarantie und die unbefristete
7 Übernahme. Wir brauchen kostenfreie Hochschulen, mehr DozentInnen, gute Arbeit an den
8 Hochschulen, eine Masterplatzgarantie und vieles mehr.

9 Wir brauchen Kommunen, die atmen können. Kommunen sind der Ort, an dem Demokratie und
10 das Zusammenleben gestaltet wird. Deshalb brauchen wir die auskömmliche Ausfinanzierung der
11 Kommunen, damit diese endlich wieder Politik und die vielen sozialen Leistungen, die Kommune
12 nen anbieten, gestalten können. Somit fordern wir NRW Jusos nach einem Politikwechsel im
13 Herbst die kommunale Finanzkraft weiter zu stärken und das Konnexitätsprinzip wieder ernst zu
14 nehmen. Schwerpunktmäßig soll der Bund im Bereich der Sozillasten die Anteile tragen, welcher
15 dieser auch beschlossen hat. Auch die Kürzungen der Städtebauförderung durch die Bundesregie-
16 rung hatte einen Vertrauensverlust bei den Kommunen zur Folge. Wir wollen, dass die nächste
17 Bundesregierung wieder ein gemeinsamer Partner der Kommunen ist und nicht den schwarzen
18 Peter einfach weiterreicht. Ein weiteres großes Problem für Kommunen, speziell Großstädte und
19 deren Einwohnerinnen und Einwohner stellen zunehmend die explodierenden Mieten dar. Gerade
20 auch junge Menschen leiden stark unter den hohen Mietpreisen, da sie sich zunehmend keine
21 Wohnungen mehr leisten können und es so beispielsweise in Studienstädten in NRW dazu kommt,
22 dass nicht genügend Wohnraum zur Verfügung steht und Studierwillige, aber auch junge Familien
23 keine Wohnung finden. Das führt dazu, dass es für viele nicht möglich ist aus dem Elternhaus
24 auszuziehen und sie weite Wege und Pendeln in Kauf nehmen müssen. Für die Familiengründung
25 ist die Wohnraumproblematik natürlich ein zusätzlicher Hemmschuh. Und zudem werden sozial
26 Schwache zunehmend aus den Zentren der Städte an die Stadtränder verdrängt, eine weitere Folge
27 der Mietpreiserhöhung, die wir klar ablehnen. Aus all diesen Gründen fordern wir, dass den steigen-
28 den Mieten von Seiten der Politik entgegen getreten wird.

29 Wir brauchen auch Investitionen in Soziales. Natürlich gehören dazu auch nachsorgende Leistun-
30 gen, damit niemand in der Gesellschaft unverschuldet in Not gerät. Aber auch Projekte in Städten,
31 der soziale Wohnungsbau, offene Kinder- und Jugendarbeit, die Vermittlung in Arbeit, die Arbeit
32 von SozialarbeiterInnen, die Unterstützung von überforderten Familien und vieles mehr gehört für
33 uns dazu.

34 Wir brauchen eine gute Infrastruktur. Darum scheint sich die Schwarz-Gelbe Bundesregierung
35 nicht zu kümmern, keine ausreichende finanzielle Förderung nirgends. Überall im Bund, aber vor
36 allem auch in NRW sind Straßen und Brücken marode und der öffentliche Personennahverkehr
37 und dessen Infrastruktur werden – auf Kosten von unnötigen Prestigeprojekten - nicht ausreichend
38 gefördert und ausgebaut. In den letzten Jahren war es so, dass die Investitionsschwerpunkte des
39 Bundes in Osten der Republik, sowie den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg
40 lagen. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt... Nordrhein-Westfalen wurde trotz seiner herausragen-
41 den Verkehrsleistung und -bedeutung nur unterdurchschnittlich mit Mitteln des Bundes bedacht.
42 Wir fordern eine Politik, welche sich nach Bedürftigkeit und nicht nach parteipolitischen Interessen
43 richtet. Zudem sollten die Einnahmen aus dem Verkehr wie etwa Steuern und Mautgebühren, dem
44 System wieder zugeführt werden. Von den jährlichen Einnahmen in Höhe von rund 55 Mrd. Euro
45 wurden gerade einmal 10,5 Mrd. Euro pro Jahr in die Instandhaltung und den Ausbau des Verkehrs-
46 netzes investiert. Die Infrastruktur in Deutschland lebt derzeit noch von ihrer guten Substanz. Die
47 gilt es zu erhalten und vor allem im ÖPNV weiter auszubauen.

48 Doch zur Infrastruktur gehören auch öffentliche Gebäude, Schulen, Hochschulen, Ämter und
49 auch Stromtrassen für die Energiewende, sowie Breitbandinternet und vieles mehr für die digita-
50 le Erschließung des Bundesgebietes. Mit jedem Tag, an dem unsere Infrastruktur weiter verrottet
51 oder nicht ausgebaut wird, werden Menschen in diesem Land Chancen verbaut und die Kosten für
52 derartige Projekte, für Neubauten, Sanierungen und Erschließungen steigen von Tag zu Tag weiter,
53 so dass sie irgendwann nicht mehr finanzierbar sind.

54 Unter anderem an all diesen Punkten muss Politik auch im Bund nun ansetzen, um Folgekosten
55 zu verhindern und heute die Perspektiven für junge Menschen und zukünftige Generationen zu
56 verbessern.

APPELL AN DIE GESAMTE PARTEI: AUF DIE STRASSEN!

1

Wir sind also bereit. Wir brennen auf den Politikwechsel. Wir wollen in einem Land leben, in dem wir uns nicht für die Regierung schämen müssen. Wir wollen in einem Land leben, was den Zusammenhalt in Europa voran treibt. Deshalb kämpfen wir für einen kompletten und linken Politikwechsel in der Bundesrepublik. Wir tun dies aus Überzeugung dafür, dass Schwarz-Gelb gerade in eine vollkommen falsche und fatale Richtung steuert und in den nächsten vier Jahren grundsätzliche Errungenschaften unserer Gesellschaft gefährden oder gar zerstören würde. Wir tun dies auch, weil wir das erfolgreiche Projekt der vorsorgenden Politik, die niemanden zurück lässt, in NRW und darüber hinaus fortsetzen wollen. Weil wir jetzt nachhaltig in NRW investieren wollen in Kommunen, in Bildung, in Infrastruktur und Soziales, um dadurch in wenigen Jahren massiv Reparaturkosten sparen zu können. Wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen auf dem Weg zu einem positiven und nachhaltig geprägtem Paradigmenwechsel in der Politik. Doch dieser wird uns nur gelingen, wenn wir in den nächsten Jahren für nachhaltige Investitionen das nötige Geld zur Verfügung haben. Auch dafür brauchen wir einen Politikwechsel im Bund.

All das ist uns bewusst und für all das werden wir Jusos eintreten und einen enormen Teil zum Wahlkampf der Partei beisteuern. Dafür erwarten wir die Umsetzung unserer Politik auf allen Ebenen und ein geschlossenes und entschlossenes Auftreten der gesamten Partei ab sofort. Das Programm ist gut, die Genossinnen und Genossen aller Orten sind bereit zu kämpfen, jetzt muss auch die Organisation, vor allem im Willy-Brandt-Haus, endlich geschlossen und zuverlässig agieren. Die Zeit zu hadern und zu lamentieren ist vorbei. Jetzt muss es losgehen. Wir rufen der Partei zu: Auf die Straßen und Plätze und tretet ein für den Politikwechsel! Wenn dies alles passiert, werden wir es schaffen. Dafür werden wir NRW Jusos uns einsetzen!

POLIZEIÜBERGRIFFE AUFKLÄREN - KONSEQUENZEN FÜR NRW ZIEHEN

Bei der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt kam es zu massiven Auseinandersetzungen und zur Eskalation, zu der die eingesetzten Polizeikräfte maßgeblich beigetragen haben. Insgesamt gab es über 200 Verletzte. Nach Augenzeug_innen-, Presse- und Polizeiberichten waren vor allem Kräfte aus NRW an der Eskalation beteiligt. Darüberhinaus scheint der Angriff auf die friedliche Demonstration im Vorhinein politisch und/oder polizeilich geplant und gezielt angestrebt worden zu sein. Wir NRW Jusos fordern das Land NRW auf, Konsequenzen aus dem Auftreten nordrhein-westfälischer Polizist_innen zu ziehen.

Nachdem die Blockupy-Großdemonstration mit bis zu 20.000 Teilnehmer_innen ca. eine halbe Stunde auf der angemeldeten Wegstrecke demonstriert hatte, stoppte die Polizei den Zug und stürmte mit einer Hundertschaft in die Menge und teilte so den Zug. Dabei kam es zum massiven Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Insgesamt wurden 900 Demonstrationsteilnehmer_innen 7 Stunden lang eingekesselt. 200 Menschen wurden verletzt. Gleichzeitig wurden sowohl Journalist_innen, parlamentarische Beobachter_innen und Sanitäter_innen in ihren Rechten eingeschränkt und teilweise selbst von Polizeibeamt_innen attackiert.

Die Polizei begründet das Vorgehen mit der Feststellung von Personalien von verummten Teilnehmer_innen. Nach dem Eingreifen der Polizei wurden aus der Menge Farbbeutel, Farbeier und Feuerwerk geworfen. Ein Polizist wurde mit einem Schraubenzieher am Bein verletzt. Während des Polizeikessels wurden immer wieder Demonstrationsteilnehmer_innen auf den Boden gedrückt und aus der Menge gezogen. Ebenfalls eingekesselte Journalist_innen wurden massiv in ihrer Arbeit behindert und zur Seite gestoßen.

Darüber hinaus tauchen im Nachgang zur Demonstration immer mehr Berichte auf, die nahelegen, dass dieses Vorgehen schon im Vorhinein von Polizei oder sogar von der hessischen Landesregierung so geplant war. So wurden einzelne Teilnehmer_innen gewarnt, dass an dieser strategischen Stelle „was passieren wird“, die Polizeiführung hielt Kontakt in die Landeshauptstadt Wiesbaden und Polizeikräfte wurden an dieser Stelle gebündelt. Einzelne anonyme Polizeibeamt_innen bestätigten gegenüber verschiedenen Zeitungen inzwischen, dass es sich um eine geplante Aktion gehandelt hat.

WIR NRW JUSOS VERURTEILEN DEN EINGRIFF IN DIE GRUNDRECHTE DER DEMONSTRIERENDEN UND DEN GEZIELTEN EINSATZ VON GEWALT DURCH DIE EINSATZKRÄFTE.

Diesen übermäßigen und unverhältnismäßigen Polizeieinsatz, der Einsatz von Gewalt gegen friedliche Demonstrant_innen, der Eingriff in das Demonstrationsrecht, die Angriffe auf Journalist_innen und die gezielte Freiheitsberaubung von Demonstrierenden verurteilen wir aufs Schärfste. Das an diesem Vorgehen vor allem Beamt_innen aus NRW (neben Sachsen und Baden-Württemberg) beteiligt waren, muss auch in unserem Bundesland zu Konsequenzen führen.

Das offenbar im Vorhinein von polizeilicher und/oder politischer Seite eine Strategie zum Angriff auf eine friedliche Demonstration geplant wurde und mit erheblichen Gewalteininsatz wirklich durchgesetzt wurde, erschüttert uns zutiefst und muss rückhaltlos aufgeklärt werden. Es ist davon auszugehen, dass die Eskalation gezielt eingesetzt wurde um Gewalt von Demonstrationsteilnehmer_innen zu provozieren.

Wir begrüßen es, dass einige Polizeibeamt_innen ihr Schweigen brechen und das Vorgehen der Kolleg_innen und der gezielten Strategie öffentlich machen und kritisieren. Wir Jungsozialist_innen sehen die Polizei als wichtigen Bestandteil einer Gesellschaft. Wir kämpfen für einen verhältnismäßigen und verantwortungsvollen Polizeieinsatz in allen Situationen. Polizeigewalt dagegen muss strafrechtlich geahndet werden und wird von uns politisch bekämpft.

KONSEQUENZEN ZIEHEN. UNSERE FORDERUNGEN:

1. Das Vorgehen der Polizei muss rückhaltlos aufgeklärt und die Verantwortlichen für diese untragbare Strategie zur Rechenschaft gezogen werden.
2. Die Polizeibeamt_innen, die unverhältnismäßig Gewalt und Pfefferspray eingesetzt haben und Demonstrierende verletzt haben, müssen dienstrechtlich und ggf. strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion auf, dass das Vorgehen von Einsatzkräften aus NRW parlamentarisch behandelt und untersucht wird.
3. Das Innenministerium NRW lehnt Amtshilfeersuchen des Landes Hessen zum Einsatz von Polizeikräften aus NRW für politische Demonstrationen und Kundgebungen zukünftig ab. Solange nicht sichergestellt werden kann, dass Beamt_innen aus NRW nicht für Angriffe auf friedliche Demonstrationen eingesetzt werden, darf sich das Land NRW nicht mit diesen Strategien gemein machen.
4. In NRW wird eine unabhängige Behörde zur Überwachung der polizeilichen Organe und ihrer Maßnahmen geschaffen. Diese Behörde hat die Aufgabe Beamte auf Demonstrationen, auf Vergehen gegen das Demonstrations- und Versammlungsrecht, sowie Gewaltakte seitens der Beamten, kontrollieren und verfolgen zu können. Sowie Polizist_innen im aktiven Einsatz bei Vergehen unverzüglich beurlauben zu können. Die Mitarbeiter dieser Behörde dürfen darüber hinaus nie im aktiven oder passiven Polizeidienst gestanden haben, damit eine objektive Kontrolle gewährleistet wird.
5. Bei Einsätzen müssen endlich alle Beamt_innen durch eine individuell eindeutig zuzuordnende, einprägsame und gut sichtbare Kennzeichnung, zum Beispiel durch eine rotierende Nummer, erkennbar sein.
6. Es muss intensiv nach eine Alternative zum eingesetzten Pfefferspray gesucht werden, die mit weniger Risiken verbunden ist. Der Einsatz von Pfefferspray ist häufiger Grund für Verletzungen und erheblichen Reizungen der Haut und der Atemwege - sowohl bei den Personen gegen die es eingesetzt wird, als auch bei den Polizist_innen. Zwischen Juni und Dezember 2009 hat es alleine in Deutschland nachgewiesenermaßen drei Tote durch den Einsatz von Pfefferspray durch die Polizei gegeben.
7. Der hessische Innenminister Boris Rhein muss zurücktreten. Als politischer Verantwortlicher für das gezielte Vorgehen der Polizei gegen eine friedliche Demonstration ist er nicht mehr tragbar. Wir NRW Jusos schließen uns der Forderung der Jusos Hessen-Süd an.